

Was ist dran an der Wachstumskritik?

WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND GUTE ENTWICKLUNG

Johannes Hirata

Was ist dran an der Wachstumskritik?

WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND GUTE ENTWICKLUNG

Johannes Hirata

Inhalt

	Seite
Vorwort	4
1 Der Zweck des Wirtschaftens und das Wesen von Wirtschaftswachstum	6
1.1 Wozu wirtschaften wir?	7
1.2 Das Wesen von Wirtschaftswachstum	9
2 Gründe für Wirtschaftswachstum	14
2.1 Beschäftigung	14
2.2 Verteilungsspielräume	16
2.3 Soziale Sicherungssysteme und Staatsverschuldung	16
2.4 Gesundheitswesen	18
2.5 Wettbewerbsfähigkeit	19
2.6 Materieller Lebensstandard	20
2.7 Politische Gründe für Wirtschaftswachstum	22
3 Gründe gegen Wirtschaftswachstum	23
3.1 Methodische Einwände	23
3.2 Ökologische Nachhaltigkeit	24
3.3 Globale Einkommensungleichheit	26
4 Zwei Szenarien für Nullwachstum	29
4.1 Szenario 1: Arbeitszeitverkürzung	30
4.2 Szenario 2: Verzicht auf Produktivitätsgewinne	32
5 Der Status von Wirtschaftswachstum	35
5.1 Hinderliche Denkblockaden	35
5.2 Bedeutung von Erwartungen	36
6 Fazit	39
Literatur	41
Der Autor	44

Vorwort



In den Arbeiten des Roman Herzog Instituts wird unter dem Leitthema „Zukunft der Arbeit“ nicht nur die rein ökonomische Performance unserer Gesellschaft analysiert. Vielmehr erachten wir auch das Wissen um die Quellen unseres Wohlergehens, Fragen rund um die Verteilung des Erwirtschafteten sowie die Auswirkungen auf künftige Generationen als elementar.

In Erweiterung bisheriger Themen nimmt sich das Roman Herzog Institut mit seinem neuen Schwerpunkt verstärkt der Fragen rund um die normative Entwicklung unserer Gesellschaft an. In diesem Kontext ist es notwendig, sich mit den Zusammenhängen von Wachstum, Wohlstand und Wohlbefinden auseinanderzusetzen.

Anlass gibt es genug, denn ganz aktuell entfachte die UN-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro die Kritik an einem Wirtschaftswachstum, das die natürliche Umwelt auf eine Weise beansprucht, die auf Dauer massive ökologische Schäden erwarten ließe. Die Verfechter von Wirtschaftswachstum wenden indes ein, Wachstum sei in erster Linie zur Abwendung von Arbeitslosigkeit und zur Sicherung des gesellschaftlichen Wohlstands unabdingbar.

Es wäre sicher zu kurz gegriffen, die hier geführte Kontroverse als einen Gegensatz zwischen ethischen Anliegen und maßlosem Profitinteresse zu begreifen. Vielmehr ist es notwendig, die Hintergründe dieser kontroversen Diskussion um das Wirtschaftswachstum zu analysieren.

In der hier vorgelegten Ausarbeitung widmet sich das Roman Herzog Institut diesem Anliegen. Konkret nimmt der Autor Johannes Hirata die Argumente der Befürworter und Gegner unter die Lupe und untersucht sie auf ihre Stichhaltigkeit.

Es gibt, und das ist durchaus überraschend, zwischen beiden konträren Positionen zahlreiche Anknüpfungspunkte. Diese verweisen am Ende auf eine überschaubare Zahl an Zielkonflikten.

Auch mit der sehr häufig formulierten Forderung nach Nullwachstum setzt sich der Autor auseinander und analysiert, welche Implikationen sich für eine Gesellschaft dabei möglicherweise ergeben könnten.

Ich lade Sie herzlich ein, sich Ihre eigene Meinung zu diesem facettenreichen Thema zu bilden, und freue mich, wenn Ihnen die Publikationen des Roman Herzog Instituts hierfür fundierte Fakten und Inspiration zum weiteren Nachdenken geben.



Prof. Randolph Rodenstock
Vorstandsvorsitzender des Roman Herzog Instituts e.V.

Der Zweck des Wirtschaftens und das Wesen von Wirtschaftswachstum

Kaum eine Nachricht beunruhigt uns so wie die, dass die Wirtschaft nicht mehr wächst oder dass sie gar schrumpft. Eine derartige Nachricht veranlasst uns sofort, über Maßnahmen nachzudenken, mit denen das Wirtschaftswachstum wieder in die schwarzen Zahlen gebracht werden kann. Eine andauernde Rezession ist wohl die verheerendste denkbare Prognose für die Wiederwahl einer Regierung – und eine kräftig wachsende Wirtschaft dürfte die Aussichten einer Regierung auf Wiederwahl mehr erhöhen als jedes noch so kluge und ausgewogene politische Programm.

Es gibt fraglos nachvollziehbare Gründe für den hohen Stellenwert, den wir Wirtschaftswachstum beimessen. Die Selbstverständlichkeit aber, mit der wir hohe Wachstumsraten als etwas Gutes und geringe oder gar negative Wachstumsraten als etwas Schlechtes einordnen, sollte Anlass für eine nähere Untersuchung ihrer Berechtigung sein.

Offenbar wird Wirtschaftswachstum als Zweck an sich angestrebt, obwohl dies aus mehreren noch zu besprechenden Gründen eine äußerst fragwürdige Zielsetzung wäre und das Wesen von Wirtschaftswachstum missverstehen würde. Selbst die Befürworter von Wirtschaftswachstum erkennen in der Regel an, dass Wirtschaftswachstum kein Selbstzweck sein kann. Sie verlegen sich dann jedoch auf die – wie zu zeigen sein wird – kaum weniger problematische Position, dass Wirtschaftswachstum eben eine notwendige Voraussetzung und ein Mittel für gute sozioökonomische Entwicklung sei und deshalb berechtigterweise hohe Priorität genieße.

Gleichzeitig gibt es eine immer mehr Zuspruch findende entgegengesetzte Position, nach der Wirtschaftswachstum zu begrenzen oder gar umzukehren sei – also im Sinne eines Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dies sei angeraten, vor allem weil andernfalls der übermäßige Umweltverbrauch schon in absehbarer Zeit zu schwerwiegenden Krisen führen würde (Meadows et al., 1972; Jackson, 2011). Von dieser Seite wird ebenfalls ins Feld geführt, dass die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in einem Land mit Wirtschaftswachstum offenbar kaum zunimmt (Layard, 2009). Auch bei dieser Position ist es jedoch aus mehreren Gründen fraglich, ob wirtschaftliche Stagnation oder gar Schrumpfung grundsätzlich taugliche Ziele darstellen.

Im Folgenden soll genau dieser systematische Stellenwert von Wirtschaftswachstum untersucht werden. Dafür wird zunächst der Frage nachgegangen, wozu wir wirtschaften und welche grundsätzlichen Anforderungen ein übergeordnetes gesellschaftliches Ziel erfüllen muss (Abschnitt 1.1). Anschließend wird das Wesen von Wirtschafts-

wachstum skizziert und gezeigt, in welchem Maße es überhaupt von politischen Entscheidungen und Maßnahmen abhängig ist (Abschnitt 1.2). In den Kapiteln 2 und 3 werden die wesentlichen Gründe für und gegen Wachstum auf ihre Plausibilität hin überprüft. Kapitel 4 entwirft zwei denkbare Szenarien, in denen das Wirtschaftswachstum zum Erliegen kommt. Abschließend sollen die tieferen Ursachen der Unterschiede zwischen den Perspektiven beleuchtet (Kapitel 5) und die Konsequenzen der angestellten Überlegungen für den angemessenen Stellenwert von Wirtschaftswachstum gezogen werden (Kapitel 6).

Es sei darauf hingewiesen, dass sich die folgenden Überlegungen weitgehend auf die Situation der wohlhabenderen Länder wie zum Beispiel Deutschland beschränken, auch wenn sie in einigen Punkten möglicherweise auf die Situation in den wirtschaftlich schwächeren Ländern übertragen werden können.

1.1 Wozu wirtschaften wir?

Die Frage, warum und wozu wir wirtschaften – beziehungsweise in unserem eigenen Interesse wirtschaften sollten –, erfordert eine etwas längere und differenzierte Antwort. Viel leichter ist es, zunächst zu sagen, wozu wir nicht wirtschaften, worin also nicht der letzte Zweck wirtschaftlicher Aktivitäten liegt. Wir wirtschaften nicht, um möglichst viel Geld zu verdienen, auch nicht, um möglichst viel konsumieren zu können, und schon gar nicht, um maximale Wachstumsraten zu generieren. Diese Dinge taugen schon allein deshalb nicht als letzte Zwecke, da einem sofort eine ganze Reihe anderer Dinge als unverzichtbare Bestandteile eines guten Lebens einfallen, die nicht für Geld zu haben sind, aber zum Teil in Konkurrenz zum Gelderwerb stehen, wie Zeitwohlstand, Freiheitsrechte oder gelingende zwischenmenschliche Beziehungen. Darüber hinaus ist zum Beispiel der Besitz von Geld lediglich ein Mittel für die Realisierung von Zielen und damit nicht selbst Kandidat für ein Ziel. Im Fall von Wirtschaftswachstum ist zu ergänzen, dass es sich dabei um eine hoch aggregierte Messgröße handelt. Das bedeutet, dass sich ein Wirtschaftswachstum von beispielsweise 3 Prozent in der Realität auf sehr unterschiedliche und sogar gegensätzliche Arten manifestieren kann. Darum kommt, wenn überhaupt, nur eine sehr bestimmte Form von Wirtschaftswachstum als Kandidat für ein Ziel infrage. Darauf wird später ausführlicher zurückzukommen sein.

Versuchen wir aber nun, den Zweck des Wirtschaftens positiv zu fassen. In einer allgemeingültigen Formulierung lässt sich zunächst sagen, dass wir deshalb wirtschaften, damit wir gut leben können. Diese Formulierung lässt zwar noch sehr vieles offen. Sie macht aber deutlich, dass Wirtschaften nicht Selbstzweck ist, sondern eine wie auch immer geartete untergeordnete Rolle hat.

Sofort stellt sich natürlich die Frage, was mit „gut leben“ gemeint ist. Eine konkrete Antwort im Sinne einer präzisen Beschreibung des idealen Lebensentwurfs verbietet sich in einer Gesellschaft, die dem Einzelnen die Freiheit zugesteht, unter Berücksichtigung der Freiheitsrechte aller anderen selbst gewählte Werte und Ziele zu verfolgen. Dennoch kann man beobachten, dass es einen sehr weitgehenden Konsens über viele Inhalte eines guten Lebens gibt, die zu einem großen Teil schlicht biologisch begründet sind. Uns allen ist daran gelegen, gesund zu sein und lange zu leben, unsere physiologischen und sozialen Grundbedürfnisse (zum Beispiel Ernährung, Kleidung, Unterkunft und soziale Anerkennung) zu befriedigen oder auch unseren Interessen und Hobbys nachgehen zu können. „Gut leben“ bedeutet also zumindest, die allgemeinen Grundbedürfnisse befriedigen und darüber hinaus auch individuell unterschiedliche Bedürfnisse und Ziele zu einem gewissen Grad realisieren zu können.

Die Formulierung „damit wir gut leben können“ ist jedoch in zweierlei Hinsicht problematisch, zumindest im Kontext gesellschaftspolitischer Fragen. Zum einen kommt sie als Schwarz-Weiß-Unterscheidung daher: Ein bestimmtes Leben ist entweder gut oder nicht und die Grenze zwischen beiden markiert gewissermaßen den magischen Übergang vom Paradies zum Elend. Hilfreicher wäre daher ein Konzept, das von vornherein als graduelles Ziel verstanden wird. Es gibt darüber Auskunft, in welchem Maße ein Leben gelingt und ob ein Leben sich zum Besseren oder zum Schlechteren verändert.

Zum anderen suggeriert die Rede davon, dass wir gut leben wollen, dass sich der Zustand einer Gesellschaft analog dem Befinden einer Person erfassen und bewerten lasse. Diese Vorstellung ist jedoch aus mehreren Gründen abwegig und kann zu bedenklichen Schlüssen führen. So verfolgen die Mitglieder einer Gesellschaft bei allen Gemeinsamkeiten auch viele individuelle Ziele, zwischen denen sich Konflikte ergeben können, beispielsweise wenn der eine gerne laute Musik hört, sein Nachbar aber nicht. Und selbst bei den geteilten Zielen – zum Beispiel bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse – kommt es natürlich zu einer Konkurrenz um knappe Ressourcen, wobei mit derartigen Interessenkonflikten auf sehr unterschiedliche Art und Weise umgegangen werden kann. Sobald also mehrere Personen betroffen sind, erfordert die Beurteilung ihrer Lebenssituationen nicht nur die Bewertung ihres jeweiligen Wohlergehens. Nötig ist vielmehr auch die Bewertung des Umgangs mit Interessenkonflikten und Freiheitsrechten, also eine Beurteilung der Gesellschaft im Hinblick auf Gerechtigkeitsanforderungen. Letztere umfassen freilich viel mehr als lediglich Verteilungsgerechtigkeit und können auch nicht auf Gleichheit (wovon überhaupt?) reduziert werden.

Diese beiden Dimensionen, Wohlergehen und Gerechtigkeit, sind immer gemeinsam zu denken. Wohlergehen gepaart mit himmelschreiender Ungerechtigkeit – zum Beispiel ein prosperierender totalitärer Staat – ist eine ebenso abstoßende Vorstellung wie ein allgemeines Elend, das in Bezug auf den Gerechtigkeitsaspekt nicht zu bean-

standen ist – zum Beispiel infolge einer verheerenden Epidemie, gegen die die Medizin noch keine Therapie gefunden hat.

Der Zweck des Wirtschaftens besteht demnach einerseits darin, zu einer Verbesserung des Wohlergehens von Individuen beizutragen. Andererseits soll es aber auch den Abbau von Gerechtigkeitsdefiziten befördern. Wo zwischen diesen beiden Zielen eine Spannung besteht, ist eine vertretbare Güterabwägung zu treffen. Um diese Zielvorstellung mit einem knappen Begriff zu benennen, soll diese hier schlicht als gute Entwicklung bezeichnet werden (Hirata, 2011).

Für gute Entwicklung sind wirtschaftliche Voraussetzungen fraglos von fundamentaler Bedeutung. Je größer die Wirtschaftskraft einer Gesellschaft, umso leichter fällt es ihr, die Grundbedürfnisse aller ihrer Mitglieder zu befriedigen und auch darüber hinausgehende Ziele erreichbar werden zu lassen. Eine hohe Produktivität bedeutet außerdem, dass eine gegebene Menge an Gütern mit geringerem Aufwand bereitgestellt werden kann, sodass die Gesellschaft mehr Freizeit genießen kann – falls dies gewünscht und entsprechend institutionell flankiert wird. Arbeit ist dabei jedoch nicht als eine bedauerliche Notwendigkeit zu sehen, die es zu minimieren gilt. Auch wenn eine 70-Stunden-Woche für die allerwenigsten etwas Erstrebenswertes darstellen dürfte, ziehen offenbar die allermeisten ein Leben mit einem erträglichen Maß an (interessanter und fordernder) Arbeit einem Leben ganz ohne Arbeit vor. Beschäftigung ist also neben Freizeit auch – und zwar aus noch einer Reihe weiterer Gründe – eine wesentliche Komponente guter Entwicklung.

Das Nachdenken über gute Entwicklung darf aber nicht isoliert nur ein Land zu einem bestimmten Zeitpunkt in den Blick nehmen. Das könnte nämlich dazu führen, dass der Erfolg einer bestimmten Gesellschaft auf Kosten anderer Gesellschaften oder künftiger Generationen erzielt würde – was nicht mehr als gute Entwicklung zu bezeichnen wäre. Wirklich gute Entwicklung ist also letztlich ein ethisch zu verstehendes Konzept, das den Anspruch erhebt, einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen aller Betroffenen anzustreben.

1.2 Das Wesen von Wirtschaftswachstum

Wirtschaftswachstum ist zunächst einmal die Zunahme (von einem Jahr zum anderen) des realen (also inflationsbereinigten) Wertes aller im Lauf eines Jahres in einem Land produzierten Waren und Dienstleistungen. Als solches ist das Wirtschaftswachstum und damit das Bruttoinlandsprodukt ursprünglich gar nicht als Wohlfahrtsindikator gedacht gewesen (vgl. Abschnitt 3.1), da die gesellschaftliche Wohlfahrt ganz offensichtlich nicht identisch mit der nationalen Produktion ist. Dennoch ist Wirtschafts-

wachstum zu einem, sogar zu dem entscheidenden Wohlfahrtsindikator und wirtschaftspolitischen Ziel geworden. Das lässt sich unter anderem daran ablesen, dass es vom deutschen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz des Jahres 1967 („stetige[s] und angemessene[s] Wirtschaftswachstum“) bis zum Fiskalpakt der Europäischen Union (EU) vom Dezember 2011 („desiring to promote conditions for stronger economic growth in the European Union“) in nahezu allen wesentlichen wirtschaftspolitischen Erklärungen als ein übergeordnetes Ziel genannt wird.

Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte in der historischen Bedeutung von Wirtschaftswachstum zu sehen sein. In einer längerfristigen Perspektive von mehreren Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten hat uns die Zunahme der Wirtschaftsleistung eine beeindruckende Verbesserung der Lebensbedingungen erlaubt (Abbildung 1). Wir leben länger, haben viele ehemals schwere Krankheiten in den Griff bekommen, können uns eine vergleichsweise lange Bildungsphase leisten, wohnen in zentral beheizten Häusern mit fließendem warmem Wasser und sind per Internet und Handy nach Belieben miteinander in Kontakt und auf dem Laufenden. Diese Errungenschaften sind nicht zu unterschätzen, sowohl in ihrer Bedeutung für die Lebensqualität des Einzelnen als auch in Hinblick auf die Möglichkeit der Gesellschaft, die wirtschaftlich Schwächeren vor materiellen Notlagen zu bewahren.

Pro-Kopf-Einkommen und Lebenserwartung in Deutschland seit 1850

Abbildung 1



Quellen: Maddison, 2012; Imhof, 1994; OECD, 2009

Genau dieser Erfolg ist es aber auch, der als Grund angeführt wird, weshalb wir kein Wirtschaftswachstum mehr bräuchten. Da es uns in materieller Hinsicht so gut geht, sei jedes weitere Wachstum lediglich Ausdruck gedankenloser Befriedigung maßloser Begierden, die nicht den dafür notwendigen Ressourcenverbrauch rechtfertigen können. Diese Sichtweise unterstellt jedoch, dass Wirtschaftswachstum einfach eine mengenmäßige Zunahme der heutigen Produktion und des damit verbundenen Ressourcenverbrauchs sei – eine Vorstellung, die Karl-Heinz Paqué (2010, 26 f.) als das Bild eines „gefräßigen Hundes“ karikiert. Dem ist zu entgegenen, dass Wirtschaftswachstum sich auch darin manifestieren kann, dass wir uns mehr Bildung, Kunst oder Denkmalpflege leisten – und zwar dank Produktivitätsgewinnen in möglicherweise ganz anderen Branchen. Wirtschaftswachstum muss also keineswegs den materiellen Konsum antreiben, sondern kann prinzipiell auch mit der Zunahme der Produktion von immateriellen Gütern und sogar mit einem Rückgang des Verbrauchs von materiellen Konsumgütern einhergehen.

Ganz grundsätzlich lässt sich festhalten, dass der Wert der Gesamtproduktion letztlich von der innerhalb eines Jahres geleisteten Arbeitszeit und der Arbeitsproduktivität abhängt. Wächst die Wirtschaft, muss mindestens eines von beiden zugenommen haben. Die Arbeitsproduktivität wiederum hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab, im Wesentlichen von der Menge des pro Arbeiter zur Verfügung stehenden Kapitals (ein Arbeiter mit einem Bagger schafft pro Stunde mehr als ein Arbeiter mit einer Schaufel), von der zur Verfügung stehenden Technologie (neue Erkenntnisse ermöglichen eine schnellere Datenübertragung) sowie von dem Humankapital der betroffenen Person, das heißt vor allem von ihrer fachlichen Qualifikation (ein Meister repariert ein Auto schneller als ein Lehrling).

Wenn nun also das BIP zunimmt, ohne dass die geleistete Arbeitszeit gestiegen ist, dann ist entweder mehr Kapital eingesetzt worden – die Investitionen übertrafen also die Abnutzung des Kapitals – oder es wurden technologische Fortschritte erzielt oder die Qualifikationen der Beschäftigten haben zugenommen. Typischerweise konzentrieren sich Produktivitätsgewinne auf industriell hergestellte Waren, während die meisten Dienstleistungen (wie Malerarbeiten oder Altenpflege) in sehr viel geringerem Umfang Produktivitätsgewinne ermöglichen. Dies wird auch dadurch reflektiert, dass Handys oder Kühlschränke (einer gegebenen Qualität) immer billiger werden, während Handwerker oder Restaurantmahlzeiten tendenziell teurer werden (Abbildung 2).

Preisentwicklung ausgewählter Gütergruppen

Abbildung 2

Veränderung der Preise im Vereinigten Königreich von 1988 bis 2011, in Prozent



Quelle: Office for National Statistics, 2012

Langfristig spielt dabei der technologische Fortschritt eine zentrale Rolle. Zum einen zeigen Standard-Wachstumsmodelle (wie das von Solow, 1956), dass unter durchaus zweckmäßigen Annahmen die dauerhaft erzielbare Wachstumsrate nicht von der Höhe der Investitionen in physisches Kapital oder Humankapital abhängt, sondern in allererster Linie von der Rate des technologischen Fortschritts. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass technologischer Fortschritt fast zwangsläufig zu Wirtschaftswachstum führt, jedenfalls solange sich die anderen Parameter (Arbeitszeit, physisches Kapital, Humankapital) nicht mit entgegengesetzter Wirkung verändern. Zum anderen ist technologischer Fortschritt als das Produkt unzähliger kleiner Innovationen unaufhaltsam und nur sehr begrenzt von politischen Entscheidungen beeinflussbar – zum Beispiel durch Förderung von Innovationstätigkeiten. Unter technologischem Fortschritt muss man sich im Übrigen nicht nur bahnbrechende technische Erfindungen vorstellen. Vielmehr geschieht er zumeist ganz unauffällig, zum Beispiel wenn ein Paketbote einen günstigeren Weg für seine Fahrten entdeckt, wenn Waschmaschinen mit weniger Strom auskommen oder wenn Computerprogramme sich einfacher bedienen lassen und damit Arbeitszeit einsparen helfen.

Bedeutsam für die vorliegende Fragestellung ist nun, dass kein Ende, wenn auch eventuell eine Verlangsamung der Zunahme dieses Erfindungsreichtums absehbar ist und dass es im Rahmen einer demokratischen Grundordnung keinen politischen Hebel zu

geben scheint, diesen Erfindungsgeist zu stoppen. Dies spricht erst einmal dafür, dass wir, solange sich nicht andere wesentliche Parameter verändern (wie zum Beispiel Arbeitszeit oder Kapitaleinsatz), immer Wachstum haben werden. Das ist aber, wie wir später sehen werden, noch nicht das letzte Wort.

Gründe für Wirtschaftswachstum

Auch wenn oft ohne weitere Begründung vorausgesetzt wird, dass Wirtschaftswachstum erstrebenswert ist, fällt es nicht schwer, eine Vielzahl von Gründen zu finden, die von den Befürwortern von Wirtschaftswachstum angeführt werden. Die wohl wichtigsten darunter sind Beschäftigung, Verteilungsspielräume und die öffentlichen Finanzen, einschließlich der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. So fasste die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2003 die wesentlichen Argumente für Wirtschaftswachstum folgendermaßen zusammen:

„Wachstum ist nicht alles, das ist wahr. Aber ohne Wachstum ist alles nichts. Ohne Wachstum keine Arbeitsplätze; ohne Wachstum keine Sanierung der sozialen Sicherungssysteme; ohne Wachstum sinkender Wohlstand; ohne Wachstum werden mehr und mehr Menschen auf der Strecke bleiben“ (Merkel, 2003, 18).

Nach einer Umfrage aus dem Jahr 2007 stimmen dabei 61 Prozent der Deutschen Angela Merkels Aussage zu, dass Wachstum nicht alles, aber ohne Wachstum alles nichts ist, während 16 Prozent das nicht so sehen und der Rest unentschieden ist (Miegel/Petersen, 2008, 29). Im Folgenden werden diese und einige andere Wachstumsbegründungen kritisch auf ihre Stimmigkeit und Plausibilität hin untersucht.

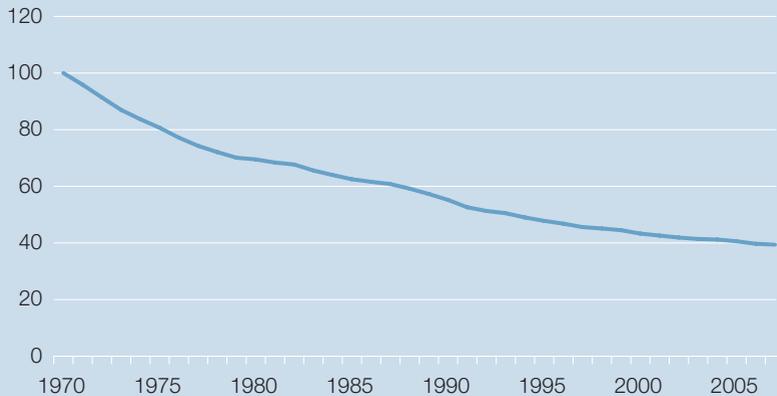
2.1 Beschäftigung

Die Überzeugung, dass stetiges Wirtschaftswachstum eine notwendige Voraussetzung für Vollbeschäftigung darstellt, ist weitverbreitet und beruht vor allem auf der Erfahrung, dass Zeiten wirtschaftlicher Stagnation oder gar Rezession in der Vergangenheit auch Zeiten hoher und steigender Arbeitslosigkeit waren. Zudem ist der wirtschaftstheoretische Grund für diesen Zusammenhang leicht einzusehen. Er beruht auf dem in Abschnitt 1.2 erläuterten Zusammenhang zwischen Produktivität, technologischem Fortschritt und geleisteter Arbeitszeit. Da wir fast unweigerlich technologischen Fortschritt haben (also Produktivitätszuwächse), brauchen wir für die Produktion einer gegebenen Menge an Gütern immer weniger Arbeitsstunden (Abbildung 3). Im Umkehrschluss bedeutet also die Aufrechterhaltung eines bestimmten Arbeitszeitvolumens, dass der Wert der Gesamtproduktion aufgrund des technologischen Fortschritts zunehmen wird und folglich die Wirtschaft wächst.

Arbeitsproduktivität in Deutschland

Abbildung 3

Pro BIP-Einheit aufgewendete Arbeitszeit, Index: 1970 = 100



Quellen: OECD, 2009; eigene Berechnungen

Problematisch an der Schlussfolgerung, dass wir aus diesem Grund Wirtschaftswachstum anstreben sollten, sind zwei Dinge. Zum einen legt diese Sichtweise nahe, dass Wirtschaftswachstum die Ursache für Beschäftigung ist, obwohl die umgekehrte Sichtweise, dass nämlich Vollbeschäftigung zu Wachstum führt, in vielen Situationen angemessener ist. Wirtschaftswachstum – also eine Zunahme der Produktion – ereignet sich ja nicht im luftleeren Raum und bewirkt in der Folge mehr Arbeit. Vielmehr erfordert umgekehrt ein bestimmtes Produktionsniveau eine bestimmte Arbeitsleistung. Demnach wäre also Beschäftigung anzustreben, und Wachstum wäre nach dieser Sichtweise eine Folge von Vollbeschäftigung. Zum anderen ist der postulierte enge Zusammenhang zwischen Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum nur gegeben, wenn alle anderen Einflüsse konstant bleiben. Sobald sich diese Faktoren jedoch ändern, weicht dieser Zusammenhang auf. Zum Beispiel würde ein Rückgang der pro Jahr in einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Arbeitsstunden – sei es als Folge einer bewussten Entscheidung, sei es als Folge einer kleiner werdenden Bevölkerung – das Wachstum reduzieren, ohne dass Arbeitslosigkeit entstehen würde. Auch eine Veränderung anderer relevanter Faktoren, von denen einer in Abschnitt 4.2 zur Sprache kommt, kann prinzipiell dazu führen, dass Vollbeschäftigung und Wachstum sich teilweise unabhängig voneinander entwickeln können.

2.2 Verteilungsspielräume

Ein weiteres Argument, das regelmäßig für Wirtschaftswachstum ins Feld geführt wird, besagt, dass Wirtschaftswachstum das Schließen der Einkommensschere erleichtert. Dank Wachstum sei es nämlich möglich, den Armen zu einem höheren Lebensstandard zu verhelfen, ohne den Reichen etwas wegnehmen zu müssen (Paqué, 2010, 206 f.). Oder in der häufig bemühten Kuchenmetapher: Wenn der Kuchen insgesamt größer wird, können einige ein größeres Stück abbekommen, ohne dass die Stücke der anderen kleiner werden müssen.

In der Praxis zeigt sich jedoch, dass in vielen Fällen und gerade in den industrialisierten Ländern das Schließen der Einkommensschere trotz Wirtschaftswachstum selten gelingt, selbst wenn der politische Wille vorhanden ist. Der Grund hierfür dürfte vor allem darin liegen, dass die Umverteilung von Einkommen keine beliebig großen Ausmaße annehmen kann, da prozentual immer weiter steigende Steuern und Abgaben erfahrungsgemäß spätestens im Bereich von 50 Prozent des Bruttoeinkommens von einer Mehrheit nicht mehr toleriert werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass eine massive Einkommensumverteilung die Gesamteffizienz der Wirtschaft reduziert. Das würde bedeuten, dass die Größe des Kuchens wiederum von der (Um-)Verteilung der Kuchenstücke abhängt. Wenn das stimmt, ist es natürlich grundsätzlich fragwürdig, die Spannung zwischen Effizienz und Gerechtigkeit wie im Kuchenmodell sequenziell zu betrachten.

Diese ganze Problematik würde nicht entstehen, wenn sich bereits im Zuge von Wirtschaftswachstum die Schere zwischen den Primäreinkommen (also vor Steuern und Abgaben) schließen würde, da dann gar keine Zunahme der Transferzahlungen erforderlich wäre. Wer das anstrebt, verlangt aber bereits eine bestimmte Form von Wirtschaftswachstum und nicht Wirtschaftswachstum an sich. Auch wenn die unmittelbaren politischen Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklung der Primäreinkommen begrenzt sind, dürfte diese Akzentverschiebung – „ausgleichendes Wachstum“ statt einfach nur „Wachstum“ – einen großen Unterschied für die wirtschaftspolitische Agenda machen.

2.3 Soziale Sicherungssysteme und Staatsverschuldung

In Bezug auf die sozialen Sicherungssysteme wird die zunächst plausible Rechnung aufgemacht, dass der zunehmende Finanzierungsbedarf für Renten, Gesundheitsleistungen und Pflege leichter zu bewältigen ist, wenn die Einkommen zulegen (Paqué, 2010, 159 ff.). Zum einen wachsen die Einnahmen bei gleichbleibenden Abgabensätzen und zunehmenden (realen) Einkommen ganz von allein – und zwar auch ohne eine

inflationbedingte „kalte Progression“. Zum anderen würden höhere Einkommen es erlauben, dass selbst bei den wohl notwendig werdenden steigenden Abgabensätzen die Nettoeinkommen konstant bleiben oder sogar moderat zulegen.

Auch hier ist eine nähere Betrachtung jedoch ernüchternd. Die Tatsache, dass die Nettoeinkommen bei steigenden Abgabensätzen dank Wachstum konstant gehalten werden, wird von den Steuerzahlern vermutlich nicht als positiv wahrgenommen werden. Sie vergleichen ihr aktuelles Nettoeinkommen ja nicht mit ihrem Nettoeinkommen der entfernten Vergangenheit, sondern in erster Linie mit ihrem Bruttoeinkommen. Immer höhere Abgabensätze werden vermutlich nicht auf mehr Verständnis stoßen, nur weil die Nettolöhne im Zeitverlauf absolut betrachtet konstant geblieben sind.

Das grundlegende Problem besteht aber darin, dass der Finanzierungsbedarf von Transferleistungen – zum Beispiel Renten, Arbeitslosengeld, „Hartz IV“ und Kindergeld – selbst ganz wesentlich vom Wirtschaftswachstum abhängt. Je höher das Durchschnittseinkommen ist, umso höher sind auch die Anforderungen an die Transferleistungen. Der Grund dafür ist der gleiche, aus dem eine relative, auf das typische Konsumniveau in einer Gesellschaft bezogene Armutsgrenze angemessener ist als eine starre absolute Grenze: In einer immer reicher werdenden Gesellschaft wachsen nämlich auch die materiellen Voraussetzungen für das „sozio-kulturelle Existenzminimum“ (Hradil, 2005, 244), das auch soziale Inklusion und andere grundlegende Elemente eines guten Lebens einschließt.

Bei den Renten sind die Ausgaben sogar gesetzlich – über die Rentenformel – direkt an das durchschnittliche Lohn- und Gehaltsniveau gekoppelt. Somit muss jede 1-Prozent-Steigerung des allgemeinen Lohnniveaus (*ceteris paribus*) genau zu einer 1-Prozent-Zunahme der Rentenzahlungen und folglich auch der Rentenbeiträge führen. Im Übrigen besteht das gleiche Problem auch in der kapitalgedeckten Altersvorsorge: Auch dort muss zwecks Aufrechterhaltung des relativen Wohlstands umso mehr für das Alter zurückgelegt werden, je höher der erwartete Anstieg des durchschnittlichen Lebensstandards ist.

Diese Überlegungen deuten auch schon an, dass die Hoffnung, dank Wirtschaftswachstum die Staatsverschuldung auf ein erträglicheres Maß zu bringen, sich nur zu einem Teil erfüllen wird. Rein arithmetisch ist die Sache klar: Je höher das BIP, desto geringer ist die relative Schuldenlast, also die Verschuldung ausgedrückt in Prozent des BIP, und umso leichter lassen sich die Schulden bedienen. Diese Rechnung setzt freilich voraus, dass die öffentlichen Finanzen nicht defizitär sind oder zumindest dass die Defizite so gering sind, dass der Schuldenstand langsamer zunimmt als das BIP. Da nun aber, wie gerade gezeigt, die Transferzahlungen in etwa gleich schnell wachsen werden wie das BIP, wird das Wirtschaftswachstum für diesen Teil der öffentlichen

Ausgaben, also in Deutschland gut 50 Prozent (Statistisches Bundesamt, 2011, 569), langfristig keinen positiven Effekt auf das Defizit der öffentlichen Haushalte haben. Wie in Kapitel 4 dargelegt wird, muss ebenfalls damit gerechnet werden, dass Wirtschaftswachstum unter gewissen Umständen auch in anderen Bereichen der öffentlichen Ausgaben den Finanzierungsbedarf erhöht. Es bleibt also vorläufig festzuhalten, dass zwar bei konstanter absoluter Verschuldung ein Anstieg des BIP die Schuldenlast erträglicher macht, dass aber Wirtschaftswachstum viel weniger als üblicherweise angenommen zu ausgeglichener öffentlichen Finanzen beiträgt – wofür es im Übrigen auch historisch keine Anzeichen gibt.

An dieser Stelle darf freilich die Situation überschuldeter Krisenstaaten nicht unerwähnt bleiben. Ohne hier auf die durchaus heterogenen Ursachen der hohen Schulden von Ländern wie Griechenland, Irland, Italien, Portugal oder Spanien eingehen zu können, spricht tatsächlich vieles dafür, dass für die Stabilisierung dieser Länder Wirtschaftswachstum auf mehrere Jahre hinaus eine notwendige Voraussetzung ist. Es wäre aber unzulässig, diesen Zusammenhang in dem Sinne zu verallgemeinern, dass das Ausbleiben von Wirtschaftswachstum prinzipiell einen Nachteil für die öffentlichen Finanzen darstellt. Vielmehr sollte Wirtschaftswachstum im Fall der Krisenstaaten als eine Medizin betrachtet werden, die in der richtigen Dosierung dem Patienten wieder auf die Beine hilft, die aber für die Gesunderhaltung der öffentlichen Finanzen von Staaten ohne Überschuldung nicht notwendig ist.

2.4 Gesundheitswesen

Im Gesundheitsbereich ist die Lage anders als bei den Transferzahlungen, wobei zwischen zwei voneinander unabhängigen Faktoren unterschieden werden muss. Zum einen spricht vieles dafür, dass hier aufgrund immer wieder neu hinzukommender, kostspieliger Diagnose- und Therapiemöglichkeiten, die wir als Gesellschaft angesichts ihrer segensreichen Wirkung niemandem vorenthalten möchten, tatsächlich langfristig mit einem weiteren Kostenanstieg zu rechnen ist und dieser durch kostensenkende Innovationen nicht kompensiert werden wird (Paqué, 2010, 179). Solange diese neuen Diagnose- und Therapiemöglichkeiten ihr Geld wert sind, werden sie den Lebensstandard (in einem umfassenden Sinne verstanden) natürlich entsprechend anheben. Das ändert aber nichts daran, dass mehr Kosten anfallen werden, die sich letztlich darin manifestieren, dass von anderen Gütern weniger konsumiert werden wird als ohne diese medizinischen Innovationen.

Zum anderen ist der Gesundheitsbereich sehr dienstleistungsintensiv und hat damit verhältnismäßig wenig Potenzial für Produktivitätssteigerungen. Die Zeit, die eine Physiotherapeutin, ein Altenpfleger, eine Operateurin oder ein Zahnarzt für eine Einheit der

jeweiligen Leistung benötigt, lässt sich im Gegensatz zu industriellen Produktionsverfahren nur sehr begrenzt reduzieren, zumindest nicht ohne Qualitätseinbußen. Wie in Abschnitt 4.1 zu zeigen sein wird, hat dies zur Folge, dass unabhängig von dem innovationsbedingtem Kostenanstieg die Kosten im Gesundheitswesen zulegen werden, sobald im Durchschnitt aller Branchen die Arbeitsproduktivität wächst und damit die Stundenlöhne insgesamt zunehmen.

Diese beiden Wirkmechanismen haben nun unterschiedliche Implikationen für die Frage der Folgen von Nullwachstum und die Mechanismen unterscheiden sich je nachdem, auf welchem Weg Nullwachstum erreicht wird. Aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung dieser Zusammenhänge über das Gesundheitswesen hinaus sollen die Folgerungen daraus in Abschnitt 4.1 aufgezeigt werden.

2.5 Wettbewerbsfähigkeit

Immer wieder hört man vor allem von Politikern, dass unsere Wettbewerbsfähigkeit davon abhängt, dass unsere Wirtschaft wächst (Bröcker, 2012). Wenn wir annehmen, dass mit „Wettbewerbsfähigkeit“ die Fähigkeit gemeint ist, hohe Exporteinnahmen oder Exportüberschüsse zu generieren, gilt auch hier der Einwand, dass die Exporteinnahmen nicht vom Wirtschaftswachstum, sondern von der Innovationskraft abhängen. Natürlich sind attraktive Produkte, die dem Stand der Technik entsprechen und – je nach Branche – innovativ sind, Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit. Auch im Hinblick auf effizienzsteigernde Prozessinnovationen kann eine Volkswirtschaft nicht hinter anderen Ländern zurückbleiben, ohne auch mit absoluten Wohlstandsverlusten und zumindest vorübergehender Arbeitslosigkeit bestraft zu werden. Wenn aber das BIP nicht deshalb stagniert, weil die Unternehmen aufgehört haben, innovativ zu sein, sondern aufgrund einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit, die genau dem Produktivitätsfortschritt entspricht, hat das keinerlei Einfluss auf die Qualität der Produkte und deren Preise – abgesehen von geringfügigen Kostensteigerungen infolge kürzerer Arbeitszeiten. Somit wird auch nicht die Entscheidung ausländischer Kunden für oder gegen unsere Produkte beeinflusst. Solange andere Länder weiterhin wachsen, könnte unser Leistungsbilanzüberschuss sogar eher zunehmen, weil unsere Importe als Folge stagnierender Einkommen ebenfalls stagnieren werden, während unsere Exporte aufgrund der in anderen Ländern steigenden Kaufkraft eher zulegen dürften. Ob eine dauerhaft positive Leistungsbilanz überhaupt erstrebenswert ist, soll an dieser Stelle einmal dahingestellt bleiben.

2.6 Materieller Lebensstandard

Interessanterweise wird die Wünschbarkeit von Wirtschaftswachstum so gut wie nie damit begründet, dass allgemein ein höherer materieller Lebensstandard erstrebenswert ist – wobei diese Einschätzung wohl gemerkt nach wie vor nur für die wohlhabenderen Länder gilt. Dies ist deshalb zunächst überraschend, weil der Konsum der Aspekt ist, der am direktesten mit Wachstum zusammenhängt. Im Gegensatz zu allen anderen Argumenten ist es nicht denkbar, dieses Ziel auf anderem Weg zu erreichen als durch Wirtschaftswachstum – außer durch einen Rückgang der Bevölkerungsgröße bei konstantem BIP oder (vorübergehend) durch Verschuldung beim Ausland. Offenbar ist also weitgehend anerkannt, dass unsere jetzige Wirtschaftskraft bereits einen allgemeinen Lebensstandard zulässt, der wenig zu wünschen übriglässt. Dass nicht alle Mitglieder der Gesellschaft daran teilhaben, steht auf einem anderen Blatt und ist keine Frage des Wirtschaftswachstums an sich, sondern der Verteilung oder der konkreten Ausprägung des Wirtschaftswachstums (vgl. Abschnitt 2.2).

In einer anderen Form wird der Aspekt des Lebensstandards jedoch regelmäßig herangezogen – und zwar in Form des Arguments, dass unser Lebensstandard sinken wird, wenn unsere Wirtschaft nicht wächst (Paqué, 2010, 30). Dieses Argument provoziert zunächst die Gegenfrage, ob ein Rückgang unseres Lebensstandards überhaupt problematisch wäre. Schließlich kann man der Ansicht sein, dass ein moderater Konsumverzicht für viele Menschen keine nennenswerten Einbußen bei der Lebensqualität mit sich bringen müsste und auch zumutbar wäre. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass die Aussicht auf Einkommenseinbußen bei den Betroffenen regelmäßig auf großen Widerstand trifft und zum Teil zu erbitterten Auseinandersetzungen führt (Friedman, 2005). Die Problematik wird allerdings auch wesentlich dadurch verschärft, dass eine (induzierte) Erwartung stetiger Einkommenszuwächse vorherrscht und daher ein Rückgang der Realeinkommen stark verschuldete Haushalte und auch Unternehmen schnell in den finanziellen Ruin führt. Das könnte eine makroökonomische Abwärtsspirale zur Folge haben. Die Rolle der Erwartung von Wirtschaftswachstum wird in Abschnitt 5.2 noch einmal aufgegriffen werden.

Langfristig kann aber auch ein stagnierender Lebensstandard als Rückschritt wahrgenommen werden, nämlich im Vergleich zu anderen Ländern, in denen der Lebensstandard stetig zunimmt. Möglicherweise wird es als „Demütigung“ (Paqué, 2010, 32) empfunden, wenn andere Länder in Sachen Lebensstandard an der eigenen Gesellschaft vorbeiziehen. Es würde nämlich bedeuten, dass wir uns immer mehr Konsumgüter, deren Besitz in der wirtschaftlich davonziehenden Gesellschaft selbstverständlich ist und die uns in der Werbung und in den Medien vorgeführt werden, nicht mehr leisten können. Oder wir leisten sie uns, haben im Gegenzug aber weniger Mittel für gute Schulen oder gesunde Ernährung übrig.

Es bleibt aber noch die entscheidende Frage, ob der Lebensstandard bei stagnierendem BIP tatsächlich sinken wird. Entsprechende Behauptungen werden in der Regel nicht eingehender begründet (Rösler, 2012) oder beruhen auf der Gleichsetzung von Wirtschaftswachstum und Innovationskraft (Paqué, 2010, 30). Darum ist die Beantwortung dieser Frage schwierig. Sofern die Vertreter dieser These nicht Wirtschaftswachstum an sich meinen, sondern Innovationen, die attraktive Produkte zu international konkurrenzfähigen Preisen hervorbringen, sind wir wieder bei dem Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit, der bereits in Abschnitt 2.5 dargelegt wurde. Somit können wir die Hypothese, dass ein stagnierendes BIP zwangsläufig zu einem abnehmenden Lebensstandard führen wird, weitgehend zurückweisen.

Diese Hypothese kann jedoch auch darin begründet sein, dass vor allem die demografische Entwicklung zu einem stetigen Anstieg der Abgabenlast führen wird – aufgrund des zunehmenden Finanzierungsbedarfs der Renten –, sodass ohne Wirtschaftswachstum weniger Ressourcen für den Konsum übrig bleiben würden. Hierbei darf jedoch nicht übersehen werden, dass wie in Abschnitt 2.3 gezeigt der Finanzierungsbedarf der Renten durch Wirtschaftswachstum noch weiter ansteigt. Folglich kann Wirtschaftswachstum nicht verhindern, dass die demografiebedingte Belastung der Einkommen prozentual weiter zunehmen wird. Immerhin würde aber das verbleibende verfügbare Einkommen mit Wirtschaftswachstum höher ausfallen als ohne.

Bedeutsam ist im Hinblick auf die Bedeutung des Anstiegs des materiellen Lebensstandards die bereits angesprochene Erkenntnis, dass die materiellen Voraussetzungen für soziale Inklusion und andere Aspekte eines guten Lebens mit dem allgemeinen Lebensstandard immer weiter wachsen. Wie die moderne Glücksforschung zeigt, gibt es einen vergleichsweise deutlichen Zusammenhang zwischen dem Einkommen einer Person und ihrer Lebenszufriedenheit zu einem bestimmten Zeitpunkt innerhalb einer Gesellschaft – auch wenn das Einkommen bei weitem nicht der gewichtigste Faktor ist. Hingegen ist der Zusammenhang zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf im Lauf mehrerer Jahrzehnte und der Veränderung der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit nur schwach ausgeprägt (Hirata, 2010). Diese Beobachtung legt den Schluss nahe, dass ein Anstieg des eigenen Einkommens langfristig nur dann zu einer spürbar höheren Lebenszufriedenheit beiträgt, wenn nicht gleichzeitig alle anderen Einkommen in demselben Tempo wachsen. Voraussetzung ist also, dass der sozioökonomische Status einer Person steigt, was in der Literatur als „Relativeinkommen-Effekt“ bezeichnet wird. Ein höherer Status wiederum bedient nicht nur die individuelle Eitelkeit, sondern verschafft der betroffenen Person in erster Linie handfeste Vorteile im positionalen Wettbewerb um Güter, deren Verfügbarkeit nicht beliebig ausgeweitet werden kann (sogenannte Positionsgüter; Hirsch, 1976). Dazu gehören zum Beispiel Grundstücke in attraktiven Wohnlagen, aber auch der Zugang zu arbeitsintensiven Dienstleistungen und – auf globaler Ebene – der Zugang zu Öl, Nahrungsmitteln und Fähigkeiten.

Steigen alle Einkommen gleichzeitig, wie es bei ausgeglichenem Wirtschaftswachstum der Fall ist, kann natürlich keiner seinen relativen Status verbessern. Folglich kann von dem aus individueller Sicht erhofften Beitrag eines höheren Lebensstandards zur Lebenszufriedenheit nicht auf die Gesellschaft als Ganze geschlossen werden, da diese Effekte sich in einem Nullsummenspiel weitgehend neutralisieren. Ursächlich dafür sind neben der Unmöglichkeit, dass alle gleichzeitig einen höheren Status erreichen, zum einen der Gewöhnungseffekt, der neue Errungenschaften schon bald zu unbeachteten Selbstverständlichkeiten degradiert, zum anderen aber auch die Veränderung der sozialen Infrastruktur. So sind viele Bereiche des öffentlichen Lebens in einer wohlhabenden Gesellschaft darauf eingestellt, dass Menschen ein Auto oder einen Computer mit Internetanschluss besitzen, während die Teilnahme am öffentlichen Leben in weniger wohlhabenden Gesellschaften nicht unbedingt dadurch eingeschränkt ist, dass man diese Güter nicht besitzt (Hirata, 2011, 46 f.). Adam Smith wies bereits im 18. Jahrhundert darauf hin, dass Leinenhemden und Lederschuhe erst im Lauf der Zeit und mit zunehmendem Wohlstand zur Voraussetzung dafür wurden, sich ohne Scham in der Öffentlichkeit zeigen zu können (Smith, 1776, 869 f.).

2.7 Politische Gründe für Wirtschaftswachstum

Neben den bisher erörterten primär ökonomischen Gründen für Wirtschaftswachstum spielen sicher auch vorrangig politische Gründe eine Rolle. Von großer Bedeutung dürfte sein, dass das geopolitische Gewicht eines Landes ganz wesentlich von seinem BIP abhängt. Dieses beeinflusst maßgeblich die militärische Stärke, aber auch die Verhandlungsposition in internationalen Organisationen (zum Beispiel in EU, Welt handelsorganisation, Weltbank und Internationalem Währungsfonds) sowie in bilateralen Beziehungen. Für die Welt insgesamt betrachtet ist dies freilich kein guter Grund dafür, Wirtschaftswachstum anzustreben, da es sich letztlich um ein Nullsummenspiel handelt: Was das eine Land an Einfluss gewinnt, wird ein anderes an Einfluss verlieren. In einer Welt, in der alle Länder gleichermaßen wachsen, werden sich die Gewichte ebenso wenig verschieben wie in einer Welt, in der das BIP jedes einzelnen Landes stagniert. Diese Einsicht ändert jedoch nichts daran, dass es in der Regel im Interesse eines Landes liegt, seinen Einfluss zu vergrößern, und dass Wirtschaftswachstum dafür eine wesentliche Rolle spielt – das heißt, wir haben es mit einem sogenannten Gefangenendilemma zu tun. Es ist damit zu rechnen, dass die Angst vor dem Verlust geopolitischen Einflusses für viele Länder ein wesentlicher Aspekt bei der Frage der Priorisierung von Wirtschaftswachstum ist.

Gründe gegen Wirtschaftswachstum

In Diskussionen tauchen zahlreiche Argumente gegen Wirtschaftswachstum auf, die sich im Wesentlichen in drei Kategorien einteilen lassen. Erstens gibt es Argumente hinsichtlich der methodischen Angemessenheit, zweitens Argumente hinsichtlich der ökologischen Nachhaltigkeit und drittens Argumente hinsichtlich der globalen Einkommensungleichheit.

3.1 Methodische Einwände

Die Kritik, dass das BIP konzeptionell nur bedingt als Wohlfahrtsindikator geeignet ist, ist auch unter Ökonomen weitgehend anerkannt. Gerade der maßgebliche Entwickler des Konzepts des BIP, Simon Kuznets, warnte ausdrücklich davor, das BIP als Wohlfahrtsmaß misszuverstehen (Suntum/Lerbs, 2011, 44). Tatsächlich gibt es zahlreiche Diskrepanzen zwischen der Veränderung des BIP und der Veränderung der Wohlfahrt. So werden einerseits im BIP viele Dinge nicht erfasst, die zur Wohlfahrt beitragen, zum Beispiel im Haushalt erbrachte Leistungen, ehrenamtliche Arbeit und die informelle Wirtschaft. Andererseits gehen in das BIP Leistungen ein, die lediglich der Beseitigung von Schäden zum Beispiel nach einer Ölpest dienen, ohne dass der durch die Ölpest bedingte Wohlfahrtsverlust im BIP berücksichtigt würde. Die häufig aufgestellte Behauptung, Katastrophen oder Unfälle führten zu einem Anstieg des BIP, ist jedoch nicht zutreffend. Es ist nämlich davon auszugehen, dass nicht mehr produziert wird, als es sonst der Fall wäre. Vielmehr ersetzt die beispielsweise zur Bekämpfung einer Ölpest geleistete Arbeit andere Formen der Produktion. Die Kritik bleibt zwar berechtigt, aber sie ist korrekterweise so zu formulieren, dass die von Unglücken verursachten Schäden fälschlicherweise nicht negativ in die Ermittlung des BIP eingehen.

Außerdem nimmt das BIP als Stromgröße keine Rücksicht auf Veränderungen von Bestandsgrößen. Wenn zum Beispiel Einkommen dadurch erzielt wird, dass Ressourcen (wie Ölvorräte oder Waldbestände) unwiederbringlich verbraucht werden, suggeriert das BIP eine Zunahme der Wohlfahrt. Das ist unangemessen, weil der Ressourcenverbrauch mit einer Veräußerung von Vermögenswerten gleichzusetzen ist, was ja definitionsgemäß kein Einkommen darstellt.

Ein weiterer zentraler Einwand gegen die Verwendung des BIP als Wohlfahrtsindikator richtet sich gegen die Vernachlässigung von Verteilungsaspekten. Weder die Wachstumsrate noch das BIP pro Kopf geben Auskunft darüber, wie sich der Konsum oder der Zuwachs des Konsums auf unterschiedliche Gruppen verteilt. Wenn es also einer Gesellschaft ein Anliegen ist, dass die Einkommensschere sich nicht weiter öffnet oder dass sie sich gar schließt, ist das BIP-Wachstum an sich kein aussagekräftiger Indikator.

Auch wenn sich Ökonomen und Wachstumskritiker weitgehend einig darin sind, dass das BIP aus diesen Gründen keinen geeigneten Wohlfahrtsindikator darstellt, ist dies eher als ein akademischer Konsens zu bewerten, der nicht auf den politischen Diskurs durchschlägt. Wie eingangs gezeigt wurde, ist es in politischen Programmen immer noch selbstverständlich, sich zu Wirtschaftswachstum als übergeordnetem Ziel zu bekennen. Zudem wird offenbar weithin akzeptiert, politische Argumentationsketten mit den positiven Auswirkungen einer Maßnahme auf das Wirtschaftswachstum enden zu lassen, ohne dass eine Begründung eingefordert würde, was genau Wirtschaftswachstum erstrebenswert macht.

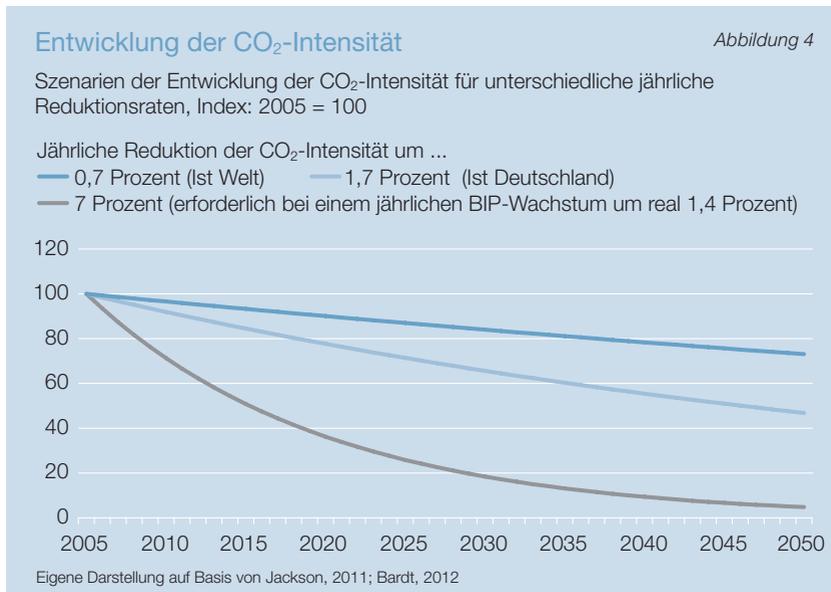
3.2 Ökologische Nachhaltigkeit

Ein zentrales inhaltliches Argument gründet auf die offensichtliche Spannung zwischen dem in den wohlhabenden Gesellschaften vorherrschenden Umweltverbrauch und dem Erfordernis ökologisch nachhaltigen Wirtschaftens. Wenn wir uns hier auf das Problem des Klimawandels beschränken, so erfordert das Ziel des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, 2007, 67) eine Reduktion der globalen jährlichen Treibhausgasemissionen in den Jahren von 1990 bis 2050 um 50 bis 85 Prozent. Diese ist nötig, um die Konzentration der kohlendioxidäquivalenten Treibhausgase (CO_2 -e-Konzentration) bis 2050 bei 450 ppm (parts per million, gleichbedeutend mit 0,045 Prozent) zu stabilisieren (von aktuell 375 ppm) und damit die Klimaerwärmung auf rund 2 Grad Celsius zu begrenzen.

Prinzipiell lässt sich leicht vorstellen, wie die beiden Ziele – Begrenzung des Klimawandels und stetiges Wirtschaftswachstum – versöhnt werden können, nämlich durch technologischen Fortschritt und durch Konsumverschiebungen, welche die CO_2 -Intensität des BIP, also die Menge ausgestoßener Treibhausgase pro Euro des BIP, verringern. Gerade Deutschland scheint auch durchaus erfolgreich damit zu sein, auf sogenanntes grünes Wachstum in ressourcenschonenden Branchen wie regenerativen Energien zu setzen. Aber selbst wenn die CO_2 -Emissionen pro Euro des BIP auf der einen Seite gesenkt werden können (relative Entkopplung), würde Wirtschaftswachstum auf der anderen Seite ja die Größe des BIP insgesamt erhöhen und damit die relativen Einsparungen teilweise, ganz oder sogar mehr als ganz kompensieren. Eine relative Entkopplung stellt also noch keinen Rückgang der absoluten CO_2 -Emissionen bei anhaltendem Wirtschaftswachstum (absolute Entkopplung) sicher.

Hochrechnungen zeigen, dass bei der von den Vereinten Nationen prognostizierten mittleren Bevölkerungsentwicklung (demnach leben im Jahr 2050 neun Milliarden Menschen) und bei der Fortschreibung des globalen jährlichen Wirtschaftswachstums seit 1990 von 1,4 Prozent die Erreichung des 450-ppm-Ziels im Jahr 2050 eine Re-

duktion der CO₂-Emissionen pro Euro des BIP um den Faktor 21 notwendig machen würde. Dies käme einer jährlichen Reduktion der CO₂-Intensität um 7 Prozent gleich. Dem steht eine tatsächliche jährliche Reduktion der CO₂-Intensität seit 1990 in Höhe von 0,7 Prozent gegenüber (Jackson, 2011, 79 f.; Abbildung 4), wobei Deutschland im Zeitraum zwischen 1991 und 2009 mit 1,7 Prozent jährlicher Reduktion der CO₂-Intensität deutlich besser dasteht (Bardt, 2012, 102). Da solch ein rasender technologischer Fortschritt nur schwer vorstellbar ist, sehen viele Beobachter in einer Reduktion des Wirtschaftswachstums (zumindest in den bereits wohlhabenden Ländern) einen wichtigen ergänzenden Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels und seiner Auswirkungen (Jackson, 2011, 79 f.).



So beeindruckend diese Zahlen aber auch sein mögen, ist es auch in diesem Zusammenhang wichtig, die unterstellten kausalen Mechanismen und die Rolle des Wirtschaftswachstums zu hinterfragen. Die CO₂-Effizienzsteigerung muss nicht allein durch technologische Innovationen erfolgen, sondern kann in einem vielleicht noch größeren Umfang durch den Wandel von Konsummustern bewirkt werden. Zum Beispiel würde eine Verschiebung des Konsums von Wegwerfprodukten geringer Qualität hin zu hochwertigen Gebrauchsgütern und langlebigen Produkten, bei denen eine Reparatur wirtschaftlicher als der Neukauf ist, den Ressourcendurchsatz reduzieren (Miegel,

2010, 189). Ein noch größeres Potenzial liegt auch in der Verschiebung der Konsumausgaben von Waren zu Dienstleistungen (Paqué, 2010, 180 ff.). Entscheidend ist zu verstehen, dass Wirtschaftswachstum je nach konkreter Ausprägung ressourcenschonend oder ressourcenintensiv sein kann. Es ist im Hinblick auf die Entwicklung der CO₂-Emissionen also nicht entscheidend, das Wirtschaftswachstum an sich zu begrenzen, sondern die Emissionen zu reduzieren.

Besonders bei wirtschaftlich schwachen Ländern ist es außerdem wichtig zu sehen, dass die Verringerung des globalen Temperaturanstiegs natürlich kein Selbstzweck ist, der jeden Preis rechtfertigt. Vielmehr ist stets zu prüfen, ob die Nachteile, die aus der Verfolgung dieses Ziels resultieren, angesichts der erhofften Vorteile gegenüber den jeweils Betroffenen (einschließlich künftiger Generationen) gerechtfertigt werden können. Das bedeutet vor allem, dass die Fähigkeit der Welt, die Folgen des Klimawandels abzufedern, ebenfalls Teil der Problemlösung sein kann. Ein Land mit einem hohen BIP wird dazu in der Regel besser in der Lage sein als eines mit einem geringen BIP (Paqué, 2010, 101). Wenn ein Land zwecks Abwendung der schlimmsten Folgen des Klimawandels den Klimawandel selbst beschleunigt, mag das einen vordergründigen und leicht angreifbaren Widerspruch ergeben. Es ist aber unter Umständen eine sinnvolle und vertretbare Vorgehensweise, solange auch etwaige Folgen für den Rest der Welt berücksichtigt werden.

3.3 Globale Einkommensungleichheit

Übermäßige Einkommensungleichheiten werden aus verschiedenen Gründen kritisiert. Hier soll lediglich ein Aspekt in den Blick genommen werden, nämlich der bereits in Abschnitt 2.6 angesprochene positionale Wettbewerb auf globaler Ebene. Bei allen Gütern, die auf Weltmärkten gehandelt werden, deren Angebot aber nicht oder nur sehr begrenzt expandieren kann, ist der Zugang zu diesen Gütern in erster Linie eine Frage der relativen Kaufkraft. Nimmt die Einkommensungleichheit zu, verteuern sich die entsprechenden Güter aus Sicht derjenigen am unteren Ende der Einkommensverteilung. Die Folge ist, dass ihr Zugang zu diesen Gütern noch weiter erschwert wird. So bedeutet der Anstieg der Weltmarktpreise von Grundnahrungsmitteln (Abbildung 5), der unter anderem auf die wachsende Nachfrage aus China, aber pikanterweise auch auf die Subventionierung von Biosprit in Europa und den USA zurückzuführen ist (Mitchell, 2008), dass die Menschen in den ärmsten Ländern zunehmend Schwierigkeiten haben, sich angemessen zu ernähren. Für Länder, die selbst mehr Nahrungsmittel exportieren als importieren, mag der Anstieg der Nahrungsmittelpreise per saldo positiv sein. Aber das ändert nichts daran, dass die große Anzahl der Menschen, die nicht selbst Erzeuger sind, zunächst einmal unverschuldet benachteiligt werden.

Veränderung der Nahrungsmittelpreise weltweit

Abbildung 5

Jährlicher Nahrungsmittelpreisindex der Welternährungsorganisation (FAO),
Index: 2002 bis 2004 = 100



Quelle: FAO, 2012

Die Stabilisierung der Kaufkraft in den wohlhabenderen Ländern könnte diese Problematik entschärfen, wenn sich dadurch die globale Einkommensschere schließen würde. Den Konsumenten mit geringer Kaufkraft würde es dann immerhin nicht von Jahr zu Jahr schwererfallen, mit den immer reicher werdenden Konsumenten aus den Industrieländern um absolut knappe Ressourcen zu konkurrieren. Es mag der Einwand naheliegen, dass ausbleibendes Wachstum in den reichen Ländern sich in dem Sinne negativ auf die armen Länder auswirkt, dass diesen dadurch zunehmende Absatzmöglichkeiten entgehen. Diese Zusammenhänge können hier zwar nicht im Einzelnen nachvollzogen werden. Ohne Rücksicht auf die vorgefundenen Abhängigkeiten aufgrund von aktuell bestehenden globalen Lieferketten lässt sich aber sagen, dass Wachstum in den aufstrebenden Ländern grundsätzlich und langfristig auch ohne zunehmende Exporte in die Industrieländer denkbar ist. In der Realität müsste dazu jedoch in den betroffenen Ländern eine graduelle Verschiebung zwischen Wirtschaftssektoren erfolgen (weniger Produktion für Industrieländer und mehr für andere Schwellen- und Entwicklungsländer sowie den Binnenmarkt).

In der Theorie ist die Stabilisierung der Kaufkraft der Wohlhabenden nicht die denkbar beste Lösung für den Umgang mit den Folgen von ökonomischer Ungleichheit auf dem Lebensmittelmarkt. Vorzuziehen wäre es im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Ärmsten, wenn die zusätzlichen Gewinne der Nahrungs-

mittelproduzenten abgeschöpft würden, um damit die Kaufkraft der Verlierer zu erhöhen (indem also sozusagen zunächst ein größerer Kuchen entsteht und im Anschluss die Ärmsten größere Kuchenstücke erhalten als zuvor). Damit dies aber in der Praxis geschieht, müssen zahlreiche Voraussetzungen erfüllt sein (zum Beispiel politischer Wille, mögliche Verhandlungslösung und bürokratische Effektivität). Die Erfahrungen beispielsweise mit den Gewinnen aus Erdölexporten stimmen in diesem Zusammenhang eher pessimistisch.

Es bleibt natürlich richtig, dass Unter- und Mangelernährung primär als ein Problem mangelnder individueller Zugangsrechte (Kaufkraft und soziale Absicherung) zu verstehen ist und nicht als ein Problem der Verfügbarkeit von Lebensmitteln auf dem (Welt-)Markt, wie Amartya Sen aufgezeigt hat (Sen, 1982; 2002, 198 ff.). Hinzu kommt jedoch, dass die für eine angemessene Ernährung notwendige Kaufkraft eben auch davon abhängig ist, wie zahlungskräftig diejenigen am oberen Ende der Einkommensverteilung sind. Die Tatsache, dass diese bereit sind, ehemals für die Nahrungsmittelproduktion verwendete Flächen nun zur Energiegewinnung zu verwenden, ist dabei letzten Endes ein bezeichnendes Symptom ökonomischer Ungleichheit.

Zwei Szenarien für Nullwachstum

Es ist aufschlussreich, anhand von zwei prinzipiell denkbaren Szenarien durchzuspielen, wie eine Volkswirtschaft ohne Wirtschaftswachstum hinsichtlich Beschäftigung, Lebensstandard und anderer wesentlicher Parameter aussehen könnte. Beide Szenarien müssen nicht von vornherein zu Massenarbeitslosigkeit oder anderen inakzeptablen Folgen führen. Dabei wird vorausgesetzt, dass es unbeeinflusst von politischen Zielvorgaben stetige Innovationen gibt, die letztlich die Arbeitsproduktivität erhöhen, und dass die Bevölkerungsgröße konstant bleibt. Der demografische Wandel soll aus Gründen der Nachvollziehbarkeit ebenfalls unberücksichtigt bleiben.

Für das Verständnis der Folgen dieser beiden Szenarien ist eine kurze Darstellung des Zusammenhangs zwischen dem Produktivitätswachstum und den Preisen von Waren und Dienstleistungen unerlässlich (bekannt unter dem Namen „Balassa-Samuelson-Effekt“; Paqué, 2010, 13 ff.). Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Rate des durchschnittlichen Produktivitätswachstums langfristig die Wachstumsrate der Löhne bestimmt. Produktivitätswachstum findet jedoch keineswegs in allen Branchen gleichermaßen statt, sondern ist typischerweise in industriellen Fertigungsprozessen (dank Automatisierung, Werkstoffentwicklungen etc.) besonders ausgeprägt, während viele Dienstleistungen, vor allem diejenigen, die direkt am Menschen erbracht werden (zum Beispiel in Restaurants, Physiotherapiepraxen, Bildungseinrichtungen), auch über lange Zeiträume kaum Produktivitätszuwächse erfahren. Der Tatsache zum Trotz, dass es bedeutsame Ausnahmen gibt (zum Beispiel Telekommunikationsdienstleistungen), soll hier der sprachlichen Einfachheit halber schlicht zwischen Waren (Produktivitätswachstum) und Dienstleistungen (kein Produktivitätswachstum) unterschieden werden. Entscheidend ist nun, dass auch in Dienstleistungsberufen langfristig die Löhne steigen, selbst wenn hier kein Produktivitätswachstum stattfindet. Der Grund dafür ist im Wesentlichen, dass die Produktivitätssteigerungen der Industrie zunächst dort zu höheren Löhnen führen. Damit ist die Dienstleistungsbranche gezwungen, ebenfalls höhere Löhne zu zahlen, um nicht immer mehr Arbeiter an die immer besser bezahlende Industrie zu verlieren.

In der Folge müssen die Dienstleistungsanbieter jedoch zur Vermeidung von Verlusten auch ihre Preise anheben, da dem Anstieg der Lohnkosten im Gegensatz zur Industrie keine entsprechende Produktivitätssteigerung gegenübersteht. Dank der zunehmenden Kaufkraft der Konsumenten und der mangelnden Konkurrenz aus dem Ausland – da die meisten Dienstleistungen vor Ort erbracht werden müssen – können sie diese höheren Preise durchsetzen, wenn auch möglicherweise unter Inkaufnahme eines leichten Absatzrückgangs. Im Lauf der Zeit werden so Dienstleistungen im Verhältnis zu Waren immer teurer. Das heißt, ihre Preise nehmen schneller zu als die Inflationsrate, während die Preise von Waren langsamer als die Inflationsrate steigen oder sogar fallen. Im Folgenden soll dieses Phänomen als der Anstieg der relativen Preise von Dienstleistungen bezeichnet werden.

4.1 Szenario 1: Arbeitszeitverkürzung

Im ersten Szenario soll angenommen werden, dass die Arbeitszeit (Stunden, die eine vollbeschäftigte Person pro Jahr arbeitet) ohne Lohnausgleich in genau der gleichen Geschwindigkeit reduziert wird, wie die durchschnittlichen Stundenlöhne (und damit auch die Produktivität) steigen. Daraus folgt, dass unter üblichen Annahmen das jährliche Einkommen des durchschnittlichen Arbeitnehmers sowie die Unternehmensgewinne genau konstant bleiben und das BIP stagniert (vgl. für ein ähnliches, aber nicht unmittelbar vergleichbares Modell Victor, 2008). In diesem Szenario würden weiterhin Produkte ständig weiterentwickelt und zu konkurrenzfähigen Preisen auf dem Weltmarkt angeboten werden. Es wäre also zunächst kein unmittelbarer Verlust an Wettbewerbsfähigkeit zu befürchten. Zudem wäre der Zugewinn an Freizeit wohl positiv zu verbuchen. Aufgrund der konstanten Produktionsmengen und Kaufkraft würde der Umweltverbrauch im ungünstigsten Fall unverändert bleiben, im realistischeren Fall aber dank der kontinuierlichen Steigerung der Ressourceneffizienz zurückgehen.

Allerdings könnte es problematisch werden, wenn im Lauf der Zeit die Arbeitszeit immer kürzer wird. Aus Unternehmenssicht können bestimmte Tätigkeiten und Arbeitsabläufe nicht verlustfrei auf beliebig viele Köpfe verteilt werden, auch wenn deren gemeinsames Arbeitspensum konstant bleibt. Auch aus Arbeitnehmersicht ist eine 15-Stunden-Woche möglicherweise weniger befriedigend als eine 30- oder 40-Stunden-Woche – und einige Menschen wissen mit einem Übermaß an Freizeit vielleicht nichts Sinnvolles anzufangen (Keynes, 1928).

Darüber hinaus würde dieses Szenario implizieren, dass die Stundenlöhne über alle Branchen steigen. Damit würde der oben beschriebene Anstieg der relativen Preise von Dienstleistungen eintreten (oder fortgesetzt). Nun werden aber gerade die Ausgaben der öffentlichen Hand – neben den bereits besprochenen Transferzahlungen und dem Schuldendienst – von Dienstleistungen mit wenig Potenzial für Produktivitätssteigerungen dominiert, vor allem durch die Bereiche Gesundheit, Bildung und öffentliche Sicherheit. Da der Staat seinen Bediensteten und den Leistungserbringern (zum Beispiel Krankenhäusern) Stundenlöhne zahlen muss, die mit der allgemeinen Lohnentwicklung in etwa Schritt halten, wird die Aufrechterhaltung eines gegebenen Niveaus an staatlichen Aufgaben mit der Zeit einen immer größeren Anteil des BIP in Anspruch nehmen. Unterm Strich würde also die (relative und absolute) Steuer- und Abgabenlast aufgrund dieses Effekts steigen. Dem steht positiv gegenüber, dass der durch Transferzahlungen bedingte Finanzierungsbedarf zu wachsen aufhört, da die Höhe der Transferzahlungen im Wesentlichen von der Höhe des durchschnittlichen Monatsgehalts abhängt (vgl. Abschnitt 2.3), das in diesem Szenario ja definitionsgemäß konstant bleibt.

Mit Blick auf die Kosten im Gesundheitswesen können wir jetzt sagen, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit voraussichtlich nichts an dem Anstieg der Ausgaben im Gesundheitswesen ändern dürfte. Zwar stagnieren bei einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit die Jahresgehälter des medizinischen Personals, aber nicht die Behandlungskosten für eine gegebene Therapie, da für diese die Stundenlöhne entscheidend sind. Folglich würde ein allgemeiner Einkommensanstieg (dank Beibehaltung der jetzigen Jahresarbeitszeit) in der Tat entlastend wirken: Die Krankenkassenbeiträge würden nämlich einen geringeren Anteil des Einkommens ausmachen als ohne einen allgemeinen Einkommensanstieg, das heißt ohne Wirtschaftswachstum.

Allerdings dürfte eine spürbare Verkürzung der Arbeitszeit auch zu einer Verlangsamung des technologischen Fortschritts insgesamt führen – einschließlich des medizinischen Fortschritts, da ja auch in Laboren und Forschungsstätten weniger Stunden gearbeitet würden. Dies hätte durchaus ambivalente Folgen: Auf der einen Seite würde eine Verlangsamung des medizinischen Fortschritts ja bedeuten, dass wir länger auf neue Therapien warten müssten. Auf der anderen Seite würde möglicherweise immerhin die finanzielle Belastung langsamer zunehmen. In dem Maße, in welchem andere Länder ihre jetzigen Arbeitspensen beibehielten, relativierten sich diese beiden Effekte jedoch, da uns dann die importierbaren Innovationen ebenfalls zur Verfügung stünden.

Es bleibt also festzuhalten, dass eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit nach der Maßgabe, dass die Realeinkommen genau konstant bleiben, die Bereitschaft der Menschen voraussetzt, den Anstieg der relativen Preise von Dienstleistungen und die damit verbundene steigende Steuer- und Abgabenlast hinzunehmen. (Alternativ könnte natürlich auch der Umfang der staatlichen Leistungen zurückgefahren werden. Sofern aber die gleichen Leistungen anschließend in gleicher Menge auf Märkten erworben werden – zum Beispiel Privatschule statt staatlicher Schule, private Krankenversicherung statt gesetzlicher Krankenkasse –, ändert dies natürlich nichts an der Verschiebung der relativen Preise mit all den Folgen.) Dies würde zwar per definitionem (Maßgabe ist ja gerade die Erhaltung der Kaufkraft) nicht den Lebensstandard absenken, da gleichzeitig der relative Preisrückgang der industriell gefertigten Güter die Kaufkraft des verbleibenden verfügbaren Einkommens vergrößert. Aber es muss damit gerechnet werden, dass die Reduzierung der Arbeitszeiten angesichts einer steigenden relativen und absoluten Abgabenlast von den Beschäftigten nicht überwiegend als Segen empfunden würde.

4.2 Szenario 2: Verzicht auf Produktivitätsgewinne

In diesem Szenario soll angenommen werden, dass die Jahresarbeitszeit unverändert bleibt. Stattdessen wird freiwillig darauf verzichtet, die durchschnittliche effektive Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Dies steht nicht in Widerspruch zu der Annahme, dass weiterhin effizienzsteigernde Innovationen hervorgebracht werden. Vielmehr bedeutet es, dass punktuell bewusst davon abgesehen wird, bestimmte Güter mit den (kurzfristig betrachtet) wirtschaftlichsten verfügbaren Verfahren herzustellen, und dass im Lauf der Zeit das Ausmaß dieses Verzichts immer größer wird.

Solch ein Vorgehen wäre keineswegs weltfremd oder radikal, sondern ist schon längst – in Ansätzen – politische Praxis. So können die Erhöhung der Mineralölsteuer (wie mit der sogenannten Ökosteuer-Reform von 1999), die Förderung erneuerbarer Energien oder der Ausstieg aus der Kernenergie als Maßnahmen mit genau dieser Wirkung verstanden werden. Unternehmen und Verbraucher werden mit entsprechenden wirtschaftspolitischen Eingriffen dazu bewegt, in diesen Bereichen auf unwirtschaftlichere Verfahren umzusteigen oder ihren Konsum dieser Güter zu reduzieren, obwohl die wirtschaftlicheren Verfahren zur Verfügung stehen und jahrelang genutzt wurden. Allerdings werden die unwirtschaftlichen Verfahren zumeist deshalb politisch bevorzugt, weil sie eben langfristig und unter Berücksichtigung aller Folgen als wirtschaftlicher bewertet werden. Letztlich manifestiert sich dieser Eingriff derart, dass der Konsum zurückgeht und zum Teil durch weniger wertgeschätzte Güter ersetzt wird sowie dadurch, dass zum Beispiel die Ausgaben für Strom aufgrund der weniger wirtschaftlichen Produktionsweise zunehmen.

Vorausgesetzt, dass die Preisänderungen behutsam und vorhersehbar sind, ist auch nicht zu erwarten, dass daraus unmittelbar Arbeitslosigkeit resultiert. Denn die Mehrkosten zum Beispiel von alternativen Energien bestehen in der Regel darin, dass für die Produktion einer Kilowattstunde elektrischer Energie mehr Arbeitsstunden benötigt werden – sei es in der Stromproduktion selbst, sei es in der Produktion und Installation von Windrädern oder Photovoltaikmodulen. Die an einer Stelle wegfallenden Arbeitsplätze entstehen also in gleichem Umfang an anderer Stelle. Das Wirtschaftswachstum kommt in diesem Fall aus Konsumentensicht dadurch zum Erliegen, dass die durch den Effizienzverlust bedingten Preissteigerungen die Inflationsrate so weit nach oben treiben, dass dies den Anstieg der nominalen Gehälter neutralisiert und die Kaufkraft unverändert bleibt.

Mit Steuern auf Ressourcen und Aktivitäten, die einen hohen Umweltverbrauch mit sich bringen, und der Nutzung des entsprechenden Steueraufkommens für die Senkung der Lohnnebenkosten – wie in der Ökosteuer-Reform von 1999 geschehen – kann im Prinzip die Ressourceneffizienz erhöht und gleichzeitig der Anstieg der relati-

ven Preise von Dienstleistungen vermieden werden. Damit wäre nicht nur der Anstieg der Transferzahlungen gebremst, sondern auch die Zunahme des Finanzbedarfs für andere staatliche Aufgaben. Insgesamt dürfte der Anteil der Staatsausgaben am BIP somit nur noch verhältnismäßig wenig zunehmen – nämlich nur noch aufgrund der innovationsbedingten Kostensteigerungen im Gesundheitswesen.

Diese Strategie hätte aber zwei entscheidende Nachteile. Zum einen ist die Verteuerung des Umweltverbrauchs durch ein Land im Alleingang in einem freien Weltmarkt weitgehend unwirksam im Hinblick auf die ökologische Zielsetzung: Konsumenten würden ressourcenintensive Güter dann schlicht aus dem (nicht regulierten) Ausland beziehen, sodass der Umwelt unterm Strich nicht geholfen wäre (sogenanntes Carbon Leakage). Zum anderen stellt die Verteuerung des Umweltverbrauchs für ressourcenintensive Industrien einen Wettbewerbsnachteil dar: Die höheren Produktionskosten benachteiligen die einheimischen Hersteller ressourcenintensiver Produkte gegenüber der internationalen Konkurrenz und führen somit zu Umsatzrückgängen, Stellenstreichungen und einem Verlust von Wissen, Forschung und Entwicklung in den betroffenen Industrien. Demgegenüber würden die einheimischen Hersteller arbeitsintensiver Produkte dank der Absenkung der Lohnnebenkosten an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Es wäre also ein Strukturwandel zu erwarten, dessen genaue Ausprägung nicht ohne weiteres zu prognostizieren ist, der aber wie jeder Strukturwandel auf erhebliche Widerstände stoßen dürfte.

Prinzipiell ließen sich diese Probleme dadurch vermeiden, dass die Verteuerung des Umweltverbrauchs auch international betrachtet wettbewerbsneutral vor sich geht. Dies kann prinzipiell dadurch erreicht werden, dass entweder ein Großteil der Weltwirtschaft geschlossen eine solche Politik umsetzt oder dadurch, dass bei Importen und Exporten die entsprechenden Kostendifferenzen an der Grenze ausgeglichen werden. Die erste Variante – gemeinsame Umsetzung – findet sich im Zusammenhang mit der Begrenzung von Treibhausgasemissionen zumindest ansatzweise im Kyoto-Protokoll sowie innerhalb der EU wieder. Die Idee des Kyoto-Protokolls war es ja gerade, global abgestimmte Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen einzuleiten, um das Trittbrettfahrerproblem zu lösen. Dieses besteht darin, dass jedes einzelne Land einen Anreiz hat, sich durch eine geringere Besteuerung von Emissionen als in der restlichen Welt einen Wettbewerbsvorteil (und Wohlstandsvorteil) zu verschaffen, da die negativen Folgen hieraus für das betroffene Land (nämlich in Form eines minimal beschleunigten Klimawandels) vernachlässigbar sind (es handelt sich also auch hier um ein Gefangenendilemma). Die Tatsache, dass das Kyoto-Protokoll inhaltlich lückenhaft ist, keine effektiven Sanktionsmöglichkeiten bietet und von einigen der entscheidenden Länder – allen voran den USA – gar nicht erst angenommen worden ist, zeigt jedoch bereits, dass eine globale Übereinkunft zur Verteuerung des Umweltverbrauchs mit beträchtlichen Herausforderungen verbunden und nicht in greifbarer Nähe ist.

Die zweite Variante – Ausgleich von Kostendifferenzen – zielt darauf ab, die wettbewerbsneutrale Verteuerung des Umweltverbrauchs im Inland mit der Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu vereinbaren. Dazu müssen einerseits Importe derart mit Zöllen auf ihren mittelbaren Umweltverbrauch belegt werden, dass sie keinen Kostenvorteil (aber auch keinen Kostennachteil) gegenüber im Inland produzierten Gütern haben. Andererseits muss inländischen Produzenten für ihre Exporte der Anteil der Ökosteuern erstattet werden, sodass sie auf den Weltmärkten nicht gegenüber Anbietern aus anderen Ländern benachteiligt sind. Es lässt sich leicht vorstellen, dass solche sogenannten Border Tax Adjustments (BTA) einen hohen administrativen Aufwand erfordern, will man sie präzise bemessen. Schließlich wäre es äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich, zu ermitteln, welche Menge CO₂ bei der Produktion eines bestimmten Produkts entstanden ist.

In Deutschland hat man sich freilich schon bei der Ökosteuer-Reform zur Rücksichtnahme auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Branchen gezwungen gesehen und räumt vor allem dem produzierenden Gewerbe Ermäßigungen bei der Energiesteuer (ehemals Mineralölsteuer) und der Stromsteuer ein, ohne diese Ermäßigung jedoch auf Exporte zu beschränken.

Border Tax Adjustments sind also weder besonders elegant noch praktikabel und möglicherweise mit unerwünschten Nebenwirkungen verbunden. Für eine Übergangszeit könnten sie jedoch als strategisches Instrument infrage kommen, um anderen Ländern die Versuchung des Trittbrettfahrens zu nehmen und sie somit zur Zustimmung zu einem globalen Abkommen zu bewegen (Hontelez, 2007).

Der Status von Wirtschaftswachstum

Die bisherigen Überlegungen haben gezeigt, dass der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und den verschiedenen Zielen, die Befürworter und Gegner damit in Verbindung bringen, äußerst komplex ist. Wie genau Wirtschaftswachstum zum Beispiel mit Arbeitslosigkeit oder Treibhausgasemissionen zusammenhängt, ist entscheidend davon abhängig, wie sich andere Parameter wie die Arbeitszeit oder die Art der Besteuerung entwickeln, die aber üblicherweise als gegeben vorausgesetzt werden. Nur zwei der denkbaren Gründe für oder gegen Wirtschaftswachstum sind tatsächlich direkt und untrennbar mit Wirtschaftswachstum verbunden: der Anstieg des materiellen Lebensstandards, der aber meist gar nicht als vorrangiger Grund angeführt wird, und der geopolitische Einfluss eines Landes.

In der Analyse der Gründe sind an mehreren Stellen Zirkelschlüsse zutage getreten. Bei denen wird die Notwendigkeit von Wachstum letztlich damit begründet, dass dank Wachstum die Folgen von Wachstum besser zu bewältigen sind. Im Folgenden sollen zwei Phänomene kurz gesondert beleuchtet werden, die in vergleichbarer Weise unzulässige Zirkelschlüsse hervorbringen.

5.1 Hinderliche Denkblockaden

Bei einer so grundlegenden Frage wie derjenigen nach der Bedeutung von Wirtschaftswachstum ist es natürlich erforderlich, die Prämissen des eigenen Paradigmas infrage zu stellen. Sowohl die Befürworter als auch die Gegner von Wirtschaftswachstum scheinen dies in vielen Fällen jedoch nur unzureichend zu tun. So darf es natürlich nicht verwundern, wenn die Schlussfolgerungen nur von denen nachvollzogen und akzeptiert werden können, die sich demselben Paradigma unterwerfen.

Vonseiten der Befürworter von Wirtschaftswachstum wird zum Beispiel regelmäßig angeführt, dass in der Vergangenheit das Ausbleiben von Wirtschaftswachstum stets zu Arbeitslosigkeit und anderen Krisenerscheinungen geführt hat. Diese Evidenz wird offenbar als Manifestation einer ökonomischen Gesetzmäßigkeit verstanden, nach der wirtschaftliche Stagnation notwendigerweise mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit einhergeht (Paqué, 2010, 186). In Wirklichkeit wird damit jedoch nur nachgewiesen, dass immer dann, wenn Wirtschaftswachstum politisch angestrebt wird, aber trotzdem ausbleibt, Arbeitslosigkeit auftritt. Diese Beobachtung sagt aber nichts darüber aus, wie die Wirtschaft unter anderen Zielsetzungen funktionieren würde.

Vonseiten der Gegner von Wirtschaftswachstum wird analog dazu oft eine Reduktion des BIP deshalb gefordert, weil nur auf diese Weise eine Senkung der Treibhausgas-

emissionen erreicht werden könne. Auch dieser Sichtweise liegen offenbar in erster Linie historische Zusammenhänge zugrunde, die ebenfalls darunter leiden, dass sie aus einem Paradigma hervorgegangen sind, in dem Ressourceneffizienz kein vorrangiges Ziel war. Damit ist natürlich klar, dass die gar nicht angestrebten Fortschritte in der Ressourceneffizienz sehr gering ausfallen. Es wäre also verfehlt, daraus auf eine Gesetzmäßigkeit zu schließen, nach der das BIP unmittelbar mit dem Ressourcenverbrauch zusammenhängt.

Zwecks Emissionsminderung eine Reduktion des BIP anzustreben, wäre in dem Fall vergleichbar mit einer Person, die abnehmen möchte und sich deshalb das Ziel setzt, weniger Geld für Lebensmittel auszugeben. Möglicherweise lässt sich belegen, dass es einen statistischen Zusammenhang zwischen Übergewichtigkeit und Ausgaben für Lebensmittel gibt, aber daraus folgt nicht, dass eine Verringerung der Lebensmittelausgaben entweder notwendig oder hinreichend für eine Gewichtsabnahme ist. In der Tat könnte diese Maßnahme sogar zu einer Gewichtszunahme führen, wenn das Geld für minderwertiges Fast Food ausgegeben wird.

Mit der Methode des „Thinking inside the box“ werden also vorgefasste Ansichten zementiert. Vor allem aber werden durch derartige Fehlschlüsse ein produktiver Dialog und entsprechende Erkenntnisgewinne geradezu unmöglich gemacht.

5.2 Bedeutung von Erwartungen

Trotz vereinzelter Prognosen, dass die Zeiten stetigen Wirtschaftswachstums schon bald vorbei sein werden (Miegel, 2010), dürfte eine überwältigende Mehrheit der Menschen hierzulande völlig selbstverständlich davon ausgehen, dass langfristig die Wirtschaft und damit in der Regel auch das persönliche Realeinkommen wachsen wird. Diese Erwartung bleibt natürlich nicht folgenlos: Sie führt dazu, dass Menschen die Finanzierung eines Eigenheims entsprechend größer dimensionieren oder dass sie bei Ausbleiben von Gehaltserhöhungen in ihrem Beruf unzufrieden werden und sich nach einer neuen Arbeit umschauchen. Darüber hinaus wird aus der Erwartung gleichzeitig ein Anspruch an die Politik, der sich in Wahlergebnissen niederschlägt und diejenigen Politiker bestraft, die diesen Anspruch infrage zu stellen wagen.

Die Rolle von Wachstumserwartungen ist also nicht nur von epistemologischer Bedeutung, da Wachstumserwartungen aufseiten der forschenden Ökonomen zu den oben dargelegten Zirkelschlüssen führen können. Offenbar haben Wachstumserwartungen darüber hinaus ganz reale Auswirkungen auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung. Da Erwartungen hinsichtlich der künftigen Nachfrage tendenziell in Vermögenspreisen eingepreist sind, würde das Ausbleiben von erwartetem Wirtschaftswachstum

einen Verfall von Vermögenswerten (wie Immobilien und Aktien) bewirken. Dies wiederum würde zu einem Überschuldungsproblem führen und damit eine Spirale von fallenden Vermögenspreisen und Überschuldung in Gang setzen.

Diese Problematik resultiert wohlgermerkt aus unzutreffenden Erwartungen und nicht aus dem Ausbleiben von Wirtschaftswachstum an sich. Würden die Wirtschaftsakteure von vornherein gar nicht erst mit Wachstum rechnen, gäbe es bei Nullwachstum auch keinen Anlass für einen Verfall der Vermögenswerte oder andere plötzliche Anpassungsprozesse.

Bei näherer Betrachtung findet sich jedoch eine ganze Reihe von ökonomischen Entscheidungen und Parametern, die von der Erwartung bezüglich des Wirtschaftswachstums abhängig sind. Neben der bereits erwähnten Entscheidung über den Wert des Eigenheims und der Arbeitszufriedenheit gehören dazu gerade auch Investitionsentscheidungen von Unternehmen und Renditeerwartungen von Investoren. Die genauen Folgen der Entscheidung eines Landes für ein Nullwachstums-Szenario sind im Rahmen einer wettbewerblichen Weltwirtschaft nicht einfach vorherzusagen. Allerdings ist die (vermutlich korrekte) Feststellung, dass Gewinne und Renditen dann geringer ausfallen werden, an sich noch kein triftiges Argument gegen Nullwachstum. Auch hier gilt nämlich, dass der Erfolg einer Volkswirtschaft an dem Erreichen substanzieller Ziele zu bemessen ist. Es wäre also erstens zu zeigen, welche substanziellen Ziele durch geringere Gewinne und Renditen beeinträchtigt würden, und zweitens müsste schlüssig argumentiert werden, dass diese Nachteile schwerer wiegen als die möglichen Vorteile.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch noch die Erkenntnis, dass gesamtwirtschaftliches Nullwachstum nicht bedeuten muss, dass das Einkommen eines typischen Individuums langfristig stagniert. Es ist nämlich ohne weiteres denkbar, dass das Einkommen jedes Individuums über den Lebenszyklus (bis zum Ruhestand) in Abhängigkeit vom Alter und von der Arbeitserfahrung ansteigt, ohne dass die Einkommen anderer Personen deshalb zurückgehen müssen. Im Gegensatz zu der ja ohnehin weit verbreiteten Praxis, Löhne auch altersabhängig (oder in Abhängigkeit von der Dauer der Betriebszugehörigkeit) ansteigen zu lassen, würde sich nur ein quantitativer, aber kein qualitativer Unterschied ergeben.

Bis zu einem beträchtlichen Ausmaß lässt sich also die Erwartung steigender individueller Einkommen auch in einer insgesamt stagnierenden Volkswirtschaft erfüllen. Die Befürchtung, dass bei Nullwachstum Missgunst und Verteilungskämpfe zunehmen werden, da das eigene Einkommen dann nur im Rahmen eines Nullsummenspiels auf Kosten anderer wachsen kann (Friedman, 2005), ist also glücklicherweise nicht zwingend.

Die Erkenntnis, dass hier eine Art Zirkelschluss vorliegt, ist für die theoretische Durchdringung der Rolle von Wirtschaftswachstum sicherlich von großer Bedeutung. Im Hinblick auf die praktischen Gestaltungsmöglichkeiten ist diese Erkenntnis jedoch nicht von unmittelbarem Nutzen, da die Nachteile einer Abwärtskorrektur der Wachstumserwartungen (zum Beispiel Rückgang von Vermögenswerten) auch dann eintreten werden, wenn wir diese Zusammenhänge durchschauen. Es bleibt also dabei, dass die Folgen der Revidierung von Wachstumserwartungen mit einkalkuliert werden müssen.

Fazit

Die Frage nach der angemessenen Rolle von Wirtschaftswachstum sollte bei der Einsicht beginnen, dass der Zweck des Wirtschaftens darin besteht, gute Entwicklung (vgl. Abschnitt 1.1) zu befördern, also einerseits zu einer Verbesserung des Wohlergehens von Individuen beizutragen und andererseits Gerechtigkeitsdefizite zu verringern. In dieser Hinsicht unterscheiden sich Befürworter und Gegner ganz sicher nicht. Beiden Seiten geht es darum, unter Abwägung aller Vor- und Nachteile den Entwicklungspfad zu finden, der am ehesten mit dem Ziel guter Entwicklung vereinbar ist. Die konkrete Vorstellung, worin gute Entwicklung besteht, wird dabei durchaus heterogen sein.

Aber das scheint nicht der Grund für die unterschiedlichen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Rolle des Wirtschaftswachstums zu sein. Vielmehr ist der entscheidende Punkt, dass beide Seiten gleichermaßen dem Wirtschaftswachstum (im einen Fall positivem, im anderen negativem) eine Rolle zugewiesen haben, die es seinem Wesen nach niemals einnehmen kann, nämlich die eines substanzialen Ziels. Mit einem substanzialen Ziel ist ein intrinsisch erstrebenswertes Ziel gemeint, dessen Wert nicht noch von anderen Bedingungen abhängt wie zum Beispiel von Gesundheit: Gesund zu sein, ist etwas an sich Gutes und nicht in erster Linie deshalb erstrebenswert, weil es Voraussetzung für andere Dinge ist. Natürlich ist Gesundheit auch hilfreich, um arbeiten und damit den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Aber in dieser Hinsicht ist Gesundheit ohne weiteres austauschbar – zum Beispiel gegen einen Lotteriegewinn. Wirtschaftswachstum (oder Nullwachstum) taugt also im Gegensatz zu Gesundheit nicht als substanzialles Ziel, weil es keine unmittelbaren Vorteile, aber auch keine unmittelbaren Nachteile für Menschen mit sich bringt. Kein Mensch hat ein Interesse an Wirtschaftswachstum (oder Nullwachstum) an sich, sondern entweder an einem Job, an einem angemessenen Konsumniveau, an der Bewahrung von Lebenschancen für künftige Generationen oder an anderen substanzialen Zielen.

Wachstum taugt darüber hinaus auch nicht als Mittel, da es keine notwendige Voraussetzung für das Entstehen irgendwelcher Vorteile ist, abgesehen von einer Steigerung des durchschnittlichen Lebensstandards und der geopolitischen Einflussnahme. Wo es dennoch als notwendige Voraussetzung für bestimmte substanziale Ziele (wie Beschäftigung) postuliert wird, liegt dies daran, dass gewisse paradigmaspezifische Prämissen fraglos vorausgesetzt werden. Wirtschaftswachstum oder seine Abwesenheit können sich eben auf ganz unterschiedliche Arten manifestieren, sowohl nachhaltig als auch nicht nachhaltig und sowohl zuträglich als auch abträglich für die Lebenszufriedenheit der Betroffenen.

Anstatt also ein letztlich ambivalentes Konzept in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen, sollten die substanzialen Ziele benannt werden, um die es letztlich geht, zum

Beispiel Beschäftigung, soziale Inklusion, Lebensqualität künftiger Generationen und Stabilisierung der öffentlichen Finanzen. Eine solche Rückbesinnung auf die Ziele des Wirtschaftens würde offenlegen, von welchen Prämissen die jeweiligen Ansichten abhängig sind, an welchen Punkten sich die Argumentationsketten zu trennen beginnen und worin also die Ursachen für die unterschiedlichen Schlussfolgerungen liegen.

Wenn die hier dargelegte Analyse zutrifft, ist das Ausbleiben von Wachstum nicht unmittelbar mit Problemen hinsichtlich der Beschäftigung, der Einkommensverteilung, der Staatsverschuldung, der Wettbewerbsfähigkeit, des Lebensstandards sowie der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und des Gesundheitswesens verbunden. Allerdings gibt es unterschiedliche Szenarien, wie eine Volkswirtschaft, in der stetige Innovationen voraussetzen sind, wirtschaftlich stagnieren kann. Die zwei hier kurz angerissenen Szenarien – Verkürzung der Arbeitszeit oder Verzicht auf Produktivitätsgewinne – zeigen, dass Herausforderungen auf unterschiedlichen Feldern zu erwarten sind. Außerdem muss in jedem Fall damit gerechnet werden, dass wirtschaftliche Stagnation in den Ländern auf Ablehnung stoßen wird, die auf eine Aufrechterhaltung oder Ausweitung ihres geopolitischen Einflusses bedacht sind. Außerdem wird es Menschen schwerfallen zu akzeptieren, dass ihr materieller Lebensstandard im Vergleich mit anderen Gesellschaften zurückfällt.

Die Risiken wirtschaftlicher Stagnation dürfen natürlich genauso wenig auf die leichte Schulter genommen werden wie die Risiken eines nicht nachhaltigen Umweltverbrauchs. Es wäre nach Stand der Dinge auch falsch zu suggerieren, dass beide Ziele – fortdauernd ansteigender Lebensstandard und ökologische Nachhaltigkeit – ohne irgendwelche Abstriche miteinander zu vereinbaren wären. Selbst wenn man die Möglichkeiten des technologischen Wandels sehr optimistisch einschätzt und absolute Entkopplung für möglich hält, wäre dem Planeten auf absehbare Zeit immer noch mehr geholfen, wenn darüber hinaus auch die Lebensstandards in den wohlhabenden Ländern nicht weiter wachsen würden.

In Ermangelung einer uneingeschränkt attraktiven Lösung bleibt uns also nichts anderes übrig, als der mühsamen Pflicht nachzukommen, in aller Unbestimmtheit gewissenhaft alle legitimen Ansprüche in die Waagschale zu werfen, die vorgebrachten Gründe vorbehaltlos und gründlich zu prüfen und in einem öffentlichen Willensbildungsprozess zu einer verantwortbaren Güterabwägung zwischen den auf dem Spiel stehenden substanziellen Zielen zu kommen. Wenn wir dieser Pflicht gerecht werden, werden wir am Ende genau das richtige Maß an Wirtschaftswachstum haben – egal ob es positiv oder negativ ausfällt.

Literatur

Bardt, Hubertus, 2012, Mehr Wohlstand mit weniger Umweltverbrauch, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Wirtschaftswachstum?! Warum wir wachsen sollten und warum wir wachsen können, IW-Studie, Köln, S. 95–109

Bröcker, Michael, 2012, Interview mit dem FDP-Fraktionschef Brüderle, in: Rheinische Post, 21.4.2012, URL: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/bruederle-ich-schaetze-steinmeier-1.2801111> [Stand: 2012-04-28]

FAO – Food and Agriculture Organization of the United Nations, 2012, Food Price Index, URL: http://typo3.fao.org/fileadmin/templates/worldfood/Reports_and_docs/Food_price_indices_data.xls [Stand: 2012-06-12]

Friedman, Benjamin M., 2005, The Moral Consequences of Economic Growth, New York

Hirata, Johannes, 2010, Glücksforschung: Stand der Dinge und Bedeutung für die Ökonomik, in: ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 61, S. 127–149

Hirata, Johannes, 2011, Happiness, Ethics and Economics, London

Hirsch, Fred, 1976, Social Limits to Growth, Cambridge (Mass.)

Hontelez, John, 2007, Time to Tax the Carbon Dodgers, in: BBC News (Hrsg.), URL: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/science/nature/6524331.stm> [Stand: 2012-04-29]

Hradil, Stefan, 2005, Soziale Ungleichheit in Deutschland, Wiesbaden

Imhof, Arthur E. (Hrsg.), 1994, Lebenserwartungen in Deutschland, Norwegen und Schweden im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change, 2007, Climate Change 2007, Synthesis Report, URL: http://www.ipcc.ch/publications_and_data/ar4/syr/en/contents.html [Stand: 2012-04-28]

Jackson, Tim, 2011, Prosperity without Growth. Economics for a finite planet, London

Keynes, John M., 1928 [1972], Economic Possibilities for our Grandchildren, in: Keynes, John M. (Hrsg.), The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. IX, London, S. 321–332

Layard, Richard, 2009, Die glückliche Gesellschaft. Was wir aus der Glücksforschung lernen können, Frankfurt am Main

Maddison, Angus, 2012, Historical Statistics of the World Economy: 1–2008 AD, URL: http://www.ggdc.net/MADDISON/Historical_Statistics/vertical-file_02-2010.xls [Stand: 2012-11-06]

Meadows, Donella H. / **Meadows**, Dennis L. / **Randers**, Jørgen / **Behrens III**, William W., 1972, The Limits to Growth, New York

Merkel, Angela, 2003, Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel, MdB, auf dem 17. Parteitag der CDU Deutschlands am 1.12.2003 in Leipzig, URL: <http://www.cdusz.de/nachrichten/200407131146272.pdf> [Stand: 2011-10-14]

Miegel, Meinhard, 2010, Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin

Miegel, Meinhard / **Petersen**, Thomas, 2008, Der programmierte Stillstand. Das widersprüchliche Verhältnis der Deutschen zu Wirtschaftswachstum und materieller Wohlstandsmehrung, München

Mitchell, Donald, 2008, A Note on Rising Food Prices, World Bank (Hrsg.), Policy Research Working Paper, No. 4682, URL: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2008/07/28/000020439_20080728103002/Rendered/PDF/WP4682.pdf [Stand: 2012-04-11]

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2009, OECD Factbook 2009. Economic, Environmental and Social Statistics, URL: <http://dx.doi.org/10.1787/541051616402> [Stand: 2012-06-12]

Office for National Statistics, 2012, Detailed CPI and RPI Reference Tables, 22.5.2012, Tabelle Nr. 26, URL: <http://www.ons.gov.uk/ons/taxonomy/index.html?nsc1=Consumer+Price+Indices> [Stand: 2012-06-12]

Paqué, Karl-Heinz, 2010, Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus, München

Rösler, Philipp, 2012, Rede auf dem 63. ordentlichen Bundesparteitag der FDP in Karlsruhe am 21. und 22.4.2012, URL: <http://www.fdp.de/Aktuelle-Meldungen-aus-der-Bundespartei/543c185/index.html?id=17084&suche=FDP%20Bundespartei> [Stand: 2012-04-28]

Sen, Amartya K., 1982, Poverty and Famines. An essay on entitlement and deprivation, Oxford

Sen, Amartya K., 2002 [2007], Ökonomie für den Menschen, München

Smith, Adam, 1776 [1979], An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Oxford

Solow, Robert M., 1956, A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 70, No. 1, S. 65–94

Statistisches Bundesamt, 2011, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2011, Tabelle 23.1.2, Wiesbaden

Suntum, Ulrich van / **Lerbs**, Oliver, 2011, Theoretische Fundierung und Bewertung alternativer Methoden der Wohlfahrtsmessung, Working Paper Series of the German Council for Social and Economic Data, No. 181, Berlin

Victor, Peter, 2008, Managing without Growth. Opinion piece for the “Redefining Prosperity”, third seminar “Confronting Structure”, Sustainable Development Commission (Hrsg.), London, URL: <http://www.sd-commission.org.uk/publications.php?id=773> [Stand: 2012-04-28]

Der Autor

Prof. Dr. **Johannes Hirata**, geboren 1977 in Haan (Rheinland), ist seit 2009 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Osnabrück. Er studierte von 1997 bis 2001 Volkswirtschaftslehre in Maastricht und in Toulouse und promovierte 2006 am Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen. Längere Forschungsaufenthalte führten ihn in den Jahren 2004 und 2005 nach Brasilien (Insper São Paulo) und Bhutan (Centre for Bhutan Studies). Von 2006 bis 2009 war er bei der Hannover Rückversicherung tätig. Sein Forschungsinteresse gilt dem Zusammenhang zwischen ökonomischem Fortschritt und guter Entwicklung, insbesondere unter Einbeziehung der modernen Glücksforschung.

© 2012 ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.
ISSN 1863-8090 / ISBN 978-3-941036-29-1
Herausgeber:
ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.

Kontakt:
Dr. Neşe Sevsay-Tegethoff
Geschäftsführerin
ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089 551 78-732
Telefax 089 551 78-755
sevsay-tegethoff@romanherzoginstitut.de
www.romanherzoginstitut.de

Produktion: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Köln · Berlin
Fotos: ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.

**Die Studie ist beim Herausgeber kostenlos erhältlich und kann unter
www.romanherzoginstitut.de bestellt werden.**

ISBN 978-3-941036-29-1

www.romanherzoginstitut.de